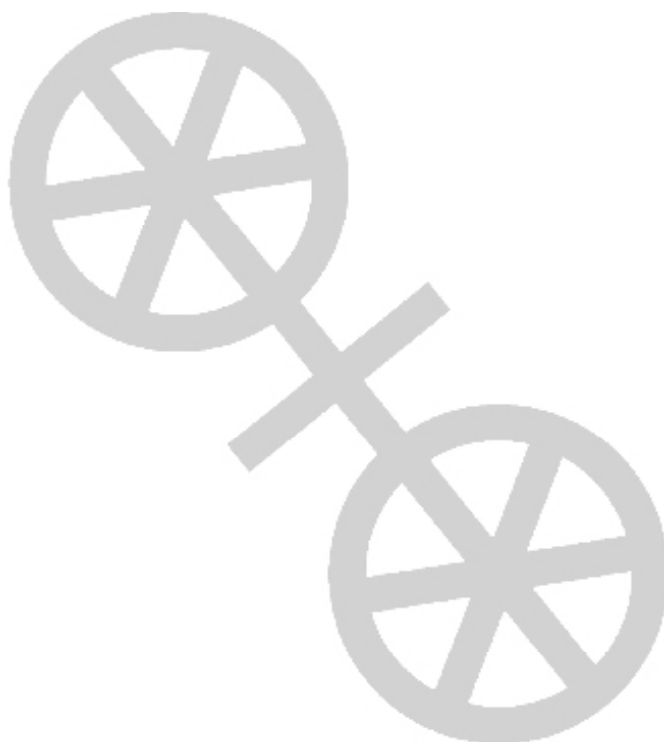


**Prüfungsbericht des
städtischen Revisionsamtes
zum Jahresabschluss
der Landeshauptstadt Mainz
Haushaltsjahr 2010**



Mainz, 22.10.2014

Landeshauptstadt Mainz

Bericht über die
Prüfung des Jahresabschlusses
zum 31. Dezember 2010
und des Rechenschaftsberichts
für das Haushaltsjahr 2010

Inhaltsverzeichnis	Seite
Abkürzungsverzeichnis	VII
1 Vorwort	VIII
2 Prüfungsauftrag.....	1
2.1 Künftige Entwicklung sowie Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung.....	2
2.1.1 Zusammenfassung der Feststellungen	2
3 Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung	6
3.1 Gegenstand der Prüfung	6
3.1.1 Art und Umfang der Prüfung	6
4 Grundsätzliche Feststellungen zum Jahresabschluss.....	11
4.1 Einhaltung des Haushaltsplans	11
4.1.1 Haushaltssatzung	11
4.1.2 Haushaltsplan.....	12
4.1.3 Nachtrag / Nachträge	13
4.2 Ergebnisrechnung.....	13
4.3 Finanzrechnung.....	14
5 Bestätigungsvermerk und Schlussbemerkung.....	16
6 Anlagen zum Prüfungsbericht.....	17
6.1 Pflichtbestandteile	17
6.1.1 Ergebnisrechnung für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010	17
6.1.2 Erläuterungen zur Ergebnis- und Teilergebnisrechnung für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2010	18
6.1.3 Finanzrechnung für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010 ..	19
6.1.4 Erläuterungen zur Finanz- und Teilfinanzrechnungen für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010.....	21
6.1.5 Bilanz zum 31. Dezember 2010.....	22
6.1.6 Anhang für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010.....	24
6.1.7 Rechenschaftsbericht für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31 Dezember 2010	25

6.1.8	Überblick der Eröffnungsbilanzkorrekturen.....	26
6.1.9	Anlagenübersicht	32
6.1.10	Forderungsübersicht.....	35
6.1.11	Verbindlichkeitenübersicht	36
6.1.12	Übersicht über die über das Ende des Haushaltsjahres hinaus geltenden Haushaltsermächtigungen.....	37
6.2	Sonstige Anlagen zum Prüfungsbericht	37
6.2.1	Rechtliche und steuerliche Verhältnisse sowie wirtschaftliche Grundlagen.....	37
6.2.4	Analysierende Darstellungen der Vermögens-, Schulden, Ertrags- und Finanzlage	38
7	Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Bilanz zum 31. Dezember 2010	43
A	AKTIVSEITE.....	43
A 1	Anlagevermögen	43
A 1.1	Immaterielle Vermögensgegenstände.....	43
A 1.1.1	Gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	44
A 1.1.2	Geleistete Zuwendungen	45
A 1.1.3	Gezahlte Investitionszuschüsse.....	46
A 1.1.5	Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände.....	47
A 1.2	Sachanlagen	47
A 1.2.1	Wald, Forsten.....	48
A 1.2.2	Sonstige unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	49
A 1.2.3	Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte.....	50
A 1.2.4	Infrastrukturvermögen	52
A 1.2.5	Bauten auf fremden Grund und Boden.....	55
A 1.2.6	Kunstgegenstände, Denkmäler	55
A 1.2.7	Maschinen, technische Anlagen, Fahrzeuge.....	57
A 1.2.8	Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	58
A 1.2.9	Pflanzen und Tiere	58
A 1.2.10	Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau.....	59
A 1.3	Finanzanlagen	62
A 1.3.1	Anteile an verbundenen Unternehmen.....	63
A 1.3.2	Ausleihungen an verbundene Unternehmen	64
A 1.3.3	Beteiligungen	65
A 1.3.5	Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten des öffentlichen Rechts, rechtsfähige kommunale Stiftungen	66

A 1.3.8	Sonstige Ausleihungen	68
A 2	Umlaufvermögen	69
A 2.1	Vorräte	69
A 2.1.3	Fertige Erzeugnisse, fertige Leistungen und Waren	69
A 2.2	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	70
A 2.2.1	Öffentlich-rechtliche Forderungen, Forderungen aus Transferleistungen	72
A 2.2.2	Privatrechtliche Forderungen aus Lieferungen und Leistungen.....	73
A 2.2.3	Forderungen gegen verbundene Unternehmen	74
A 2.2.4	Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	74
A 2.2.5	Forderungen gegen Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten des öffentlichen rechts, rechtsfähige kommunale Stiftungen.....	75
A 2.2.6	Forderungen gegen den sonstigen öffentlichen Bereich	75
A 2.2.7	Sonstige Vermögensgegenstände.....	76
A 2.4	Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei der EZB, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks.....	77
A 4	Rechnungsabgrenzungsposten	79
PASSIVSEITE		80
P 1	Eigenkapital.....	80
P 1.1	Kapitalrücklage	80
P 1.2	Sonstige Rücklagen	81
P 1.3	Ergebnisvortrag	81
P 1.4	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag.....	82
P 2	Sonderposten	82
P 2.2	Sonderposten zum Anlagevermögen	83
P 2.2.1	Sonderposten aus Zuwendungen zum Anlagevermögen	83
P 2.2.2	Sonderposten aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten.....	84
P 2.2.3	Sonderposten aus Anzahlungen zum Anlagevermögen.....	84
P 2.7	Sonstige Sonderposten	86
P 3	Rückstellungen.....	86
P 3.1	Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	87
P 3.2	Steuerrückstellungen	88
P 3.3	Sonstige Rückstellungen	88
P 4	Verbindlichkeiten	90
P 4.2	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen.....	91

P 4.2.1	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen	91
P 4.2.2	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen zur Liquiditätsicherung.....	92
P 4.7	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	93
P 4.9	Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen, Zweckverbänden, Anstalten des öffentlichen Rechts, rechtsfähigen kommunalen Stiftungen.....	94
P 4.10	Verbindlichkeiten gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich.....	94

Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
ADD	Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion
AfA	Absetzung für Abnutzungen
AGEM	Grundstücksentwicklung Mainz - AGEM - Anstalt des öffentlichen Rechts
AiB	Anlagen im Bau
BgA	Betrieb gewerblicher Art
DV	Datenverarbeitung
EB	Eigenbetrieb
EB	Eröffnungsbilanz
e. V.	Eingetragener Verein
EWB	Einzelwertberichtigung
FI	Finanzwesen
Finanzverwaltung ff.	20 - Amt für Finanzen, Beteiligungen und Sport fort folgende
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GemHVO	Gemeindehaushaltsverordnung
GemO	Gemeindeordnung
ggf.	Gegebenenfalls
GoB	Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung
GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt
GVG	Grundstücksverwaltungsgesellschaft der Stadt Mainz mbH
GWG	Geringfügige Wirtschaftsgüter
GWM	Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft Mainz
HGB	Handelsgesetzbuch
i. d. R.	in der Regel
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V.
IDW PS	IDW Prüfungsstandard
i. H. v.	in Höhe von
IKS	Internes Kontrollsystem
i. V. m	in Verbindung mit
KDZ	Eigenbetrieb Kommunale Datenzentrale
Kita	Kindertagesstätte
KomDoppikLG	Landesgesetz zur Einführung der kommunalen Doppik
KP II	Konjunkturpaket II
LOGA	Integriertes Personalabrechnungs- und Personalverwaltungssystem
Mio.	Millionen
Mrd.	Milliarden
MVG	Mainzer Verkehrsgesellschaft
o. a.	oben angeführt
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
SPAZ	Mainzer Gesellschaft für berufsbezogene Bildung und Beschäftigung

1 Vorwort

Mit der Reform des Gemeindehaushaltsrechts wurde das am kaufmännischen Rechnungswesen orientierte doppelte Haushalts- und Rechnungswesen (Kommunale Doppik) in Rheinland-Pfalz eingeführt. Mit der Kommunalen Doppik soll das Ressourcenaufkommen und der Ressourcenverbrauch transparent ermittelt werden um eine stetige Verbesserung der Wirtschaftlichkeit des Verwaltungshandelns zu erzielen. Bei der Stadt Mainz erfolgte die Einführung zum 01.01.2009.

Das neue Gemeindehaushaltsrecht hat die Aufgaben und Befugnisse der Rechnungsprüfung (Rechnungsprüfungsausschuss und Revisionsamt) erweitert. Um den Anforderungen Rechnung zu tragen und gegenüber den städtischen Gremien eine zeitnahe Berichterstattung zu gewährleisten, werden die Zusammenstellungen der Prüfungsergebnisse eines Haushaltsjahres bedarfsorientiert in mehreren Berichten erfolgen, so auch bereits für das Jahr 2009 geschehen.

Die unterjährigen Ordnungsprüfungen (Verwaltungs-, Bau- und Sonderprüfungen einschließlich der laufenden Finanz-, Haushalts- und Kassenprüfungen sowie sonstiger Prüfungen) wurden im „Schlussbericht Prüfungsfeststellungen 2009 und 2010“ vom Juli 2012 zusammengefasst. Die abschließende Beratung erfolgte in der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschuss am 26.06.2013.

Die Prüfung des Jahresabschlusses umfasst gemäß dem Dreikomponentenmodell insbesondere die Ergebnis- und Finanzrechnung mit den jeweiligen Teilrechnungen, die Bilanz mit Anhang sowie den Pflichtanlagen. Dabei ist der Jahresabschluss dahingehend zu prüfen, ob er ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadt Mainz unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung vermittelt. Nach Vorlage der Verwaltung können nun die entsprechenden Prüfungsergebnisse vorgelegt werden. Die Prüfungsergebnisse werden in diesem „Prüfungsbericht zum Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2010“ eingestellt.

Die Prüfung des Jahresabschlusses 2010 sowie die Erstellung des Prüfberichtes erfolgten erstmals mit Hilfe der beim Revisionsamt im Laufe des Jahres 2013 eingeführten Softwarelösung AuditSolutions der Firma Audicon. Audit Solutions basiert auf der internationalen Lösung CaseWare Working Papers und enthält neben Dokumenten und Arbeitshilfen für die verschiedenen Phasen der Jahresabschlussprüfung Vorlagen für die unterschiedlichen Rechtsformen.

2 Prüfungsauftrag

Entsprechend § 110 GemO i. V. m. § 112 GemO obliegt dem Revisionsamt der Landeshauptstadt Mainz die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2010 unter Einbeziehung der Buchführung und des Rechenschaftsberichts für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010

der Landeshauptstadt Mainz.

Der Rechnungsprüfung - bestehend aus dem Rechnungsprüfungsausschuss und dem Revisionsamt – obliegen insbesondere folgende Aufgaben gem. § 112 Abs. 1 GemO:

- a) die Prüfung des Jahresabschlusses sowie der Anlagen zum Jahresabschluss,
- b) die Prüfung der Jahresabschlüsse der Sondervermögen, sofern die Prüfung nicht sachverständigen Abschlussprüfern vorbehalten ist,
- c) die Prüfung des Gesamtabchlusses, sowie der Anlagen zum Gesamtabchluss,
- d) die Prüfung der Vorgänge in der Finanzbuchhaltung zur Vorbereitung der Prüfung des Jahresabschlusses,
- e) die Prüfung, ob die Haushaltswirtschaft vorschriftsmäßig geführt worden ist,
- f) die dauernde Überwachung der Zahlungsabwicklung der Stadt und der Eigenbetriebe einschließlich der Sonderkassen sowie die Vornahme der regelmäßigen und unvermuteten Kassenprüfungen,
- g) die Kontrolle, ob die bei der Finanzbuchhaltung der Stadt und ihrer Sondervermögen eingesetzten automatisierten Datenverarbeitungsprogramme vor ihrer Anwendung geprüft wurden.

Über das Ergebnis der Abschlussprüfung berichtet dieser Prüfungsbericht, der in Anlehnung an die Grundsätze ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen des Instituts der Wirtschaftsprüfer (vgl. IDW PS 450) erstellt wurde.

Dieser Prüfungsbericht wurde um einen besonderen Erläuterungsteil der Posten der Bilanz und der Ergebnisrechnung erweitert, der diesem Bericht unter Kapitel 7 eingefügt ist.

2.1 Künftige Entwicklung sowie Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Die Aussagen im Rechenschaftsbericht spiegeln insgesamt die künftige Entwicklung sowie die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung nach Auffassung des Revisionsamtes zutreffend wieder.

2.1.1 Zusammenfassung der Feststellungen

Prüfungshemmnisse

1. Fehlende Unterlagen

Bei zu prüfenden Projekten sowie Verwendungsnachweisen sind sowohl bei unterjährigen Prüfungen als auch bei Prüfungen zum Jahresabschluss zum Teil das Fehlen prüfungsfähiger Unterlagen festzustellen.

2. Vorlage prüfungsfähiger Unterlagen

Von der Verwaltung angeforderte Unterlagen werden des Öfteren nur mit erheblicher Verspätung und dann teilweise auch noch unvollständig vorgelegt.

Die Beschaffung der Prüfungsunterlagen gestaltete sich insgesamt sehr schwierig. Unterlagen mussten vom Revisionsamt wiederholt in der gesamten Verwaltung zusammengetragen werden.

3. Treuhandvermögen

Die Buchungen der Sonderposten im städtischen Jahresabschluss erfolgten anhand des testierten Jahresabschlusses der GVG. Darüber hinaus gehende auswertbare prüfungsfähige Unterlagen konnten seitens der Stadt Mainz nicht vorgelegt werden. Ein Abgleich der Zahlen der GVG und der Stadt Mainz ist nur unter erheblichen Schwierigkeiten und Aufwänden möglich.

4. Fehlende Bestandsaufnahmen

Im Bereich der unbebauten Grundstücke ist seit dem Jahr 2007 keine Bestandsaufnahme mehr erfolgt. Aufgrund struktureller Defizite ist derzeit eine Bestandsaufnahme des städtischen Grundvermögens nicht vollumfänglich realisierbar. Für den Bereich der bebauten Grundstücke trifft dies aus den vorgenannten Gründen in vergleichbarer Form zu.

5. Dienstanweisungen

Um nicht landeseinheitliche Standards aufzubauen und setzen zu müssen, wurden die Gemeinden und Gemeindeverbände mit der Einführung der kommunalen Doppik verpflichtet, ihr Rechnungswesen im Wesentlichen durch

Dienstanweisungen selbst zu regeln. Besagte Dienstanweisungen fehlen zum Teil oder bedürfen einer Anpassung an die Begebenheiten des neuen Rechnungswesens. Ziel ist die Sicherstellung eines ordnungsgemäßen und einheitlichen Ablaufs des Rechnungswesens.

Strukturelle Feststellungen

Bei der bisherigen Prüfung des Jahresabschlusses 2010 sind **strukturelle Defizite** festzustellen:

1. Bei Zuwendungen für die Beschaffung geringwertiger Wirtschaftsgüter gegenüber Dritten erfolgte eine Aktivierung dieser Zuschüsse. Analog der Regelungen der sonstigen Gegenstände des Anlagevermögens hat in diesen Fällen eine direkte Verbuchung im Aufwand zu erfolgen.
2. Bilanzierungs- und Inventarisierungsrichtlinien zur Gruppenbewertungen und Festwerten fehlen. Bereits zur Eröffnungsbilanz sowie bei der Prüfung des Jahresabschlusses 2009 wurden beispielsweise Festwerte für den Buchbestand der wissenschaftlichen Bibliothek sowie die Holzvorräte gebildet und beanstandet. Bisher wurden diese Festwerte nicht aufgehoben. Auch wurden vermehrt Gegenstände insbesondere bei den Betriebs- und Geschäftsausstattungen zu Gruppen zusammengefasst. Hierzu sind entsprechende Regelungen zu erlassen.
3. Im Bereich der unbebauten sowie im Bereich der bebauten Grundstücke sind strukturelle Defizite gegeben. Infolgedessen war es zum Zeitpunkt der Prüfung nicht möglich, die städtische Vermögenslage im Bereich des Grundvermögens in seiner Gänze nachzuvollziehen. Eine Beseitigung dieses Umstandes hat bis zum Jahresabschluss 2013 zu erfolgen, da hier letztmalig eine Korrektur der Eröffnungsbilanz möglich ist. Derzeit wird seitens des Amtes für Wirtschaft und Liegenschaften zusammen mit dem Amt für Finanzen, Beteiligungen und Sport in Rücksprache mit der Revision an einer Lösung des Problems gearbeitet.

In diesem Zusammenhang sind im SAP-System oder in einer anderen Datenbanklösung Grundstücksangaben zur Größe sowie zur Lage zu ergänzen.

Eine Verbesserung des Verfahrens zur Meldungen der Anlagenzu- und -abgänge ist ebenfalls angezeigt. Des Weiteren ist im Bereich der Vermögensgegenstände eine vereinheitlichte und konsequentere Rechnungsabgrenzung vorzunehmen. Ebenso sollten identische Gegenstände auch mit derselben Bezeichnung im Anlagevermögen erscheinen.

4. Im Bereich der Kunstgegenstände ist eine Bilanzierung historischer Kulturgüter, die dem mittelrheinischen Landesmuseum als Dauerleihgabe überlassen wurden, nicht erfolgt. Eine Erfassung dieser ca. 2300 Gegenstände ist bei der Eröffnungsbilanz nicht erfolgt. Die Ermittlung der Vermögenswerte und Bilanzierung der Gegenstände

ist schnellstmöglich nachzuholen. Diese sollte in den nächsten Jahresabschlüssen erfolgen.

Ebenso wurden die Ausgrabungsarbeiten für das römische Bühnentheater als Denkmal bilanziert. Die Bilanzierung ist in diesem Zusammenhang ebenfalls von der Finanzverwaltung zu überprüfen und gegebenenfalls zu korrigieren.

5. Zu aktivierende Eigenleistungen wurden in den Jahren 2009 bis heute noch nicht gebucht. Es ist davon auszugehen, dass die Auswirkungen auf die Bilanz unterhalb der Wesentlichkeitsgrenze liegen.
6. Grundsätzlich erfolgt die Aktivierung der Anlagen im Bau, in Anlage mit Fertigstellungsmeldung. Diese erfolgt jedoch durch die Ämter an die Anlagenbuchhaltung schleppend oder in Ausnahmefällen gar nicht.

Beispiel: Der Bahnhof Mainz Römisches Theater (ehemals Mainz-Süd) wurde bereits im Jahr 2008 fertiggestellt. Eine Aktivierung erfolgte systembedingt erst im Jahr 2010. Ähnlich verhielt es sich mit der Aktivierung des I. Bauabschnitts zum Gymnasium Oberstadt. Auch hier erfolgte keine abschließende Aktivierung. Lediglich in Teilen wurde diese aufgrund von entsprechenden Forderungen des Revisionsamtes nachgeholt.

Das Verfahren ist zu optimieren und eine zeitlich angemessene Meldung der Fertigstellung durch die Fachämter sowie die damit verbundene Aktivierung sind zukünftig sicherzustellen.

7. Die Abgrenzung der Eigentumsverhältnisse zum Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft Mainz (GWM), ist zu klären. Zur Widmungsproblematik und den Widmungsumfängen, sowie zur Darstellung der investiven Aufwendungen in der Vergangenheit bei GWM und Stadt ist bis zum Jahresabschluss 2013 eine Lösung herbeizuführen. Eventuell rückwirkend erforderliche Korrekturen der städtischen Bilanz erfolgen ebenfalls bis zum Jahresabschluss 2013.
8. Bei den Eigenbetrieben wurden keine Veränderungen der Buchwerte ausgewiesen. Nach der zugrunde liegenden Spiegelbildmethode sind hier für den Jahresabschluss das entsprechende Eigenkapital zu ermitteln und fortzuschreiben. Hier war ein Zugang in Höhe von 18,416 Mio. EUR zu verzeichnen. Dieser Zugang ist ergebniswirksam einzustellen. Da es sich hierbei um eine Ergebnisverbesserung handelt führt dies trotz Überschreitens der Wesentlichkeitsgrenze nicht zu einer Testatseinschränkung. Eine Bereinigung hat bis zum nächsten Jahresabschluss zu erfolgen.
9. Bei der Bewertung der Forderungen wurde der Bereich der Gewerbesteuer ausgenommen. Unabhängig von den vorgeschriebenen Niederschlagungen sind zum Jahresende die kompletten Gewerbesteuerbestände auf ihre Werthaltigkeit zu

überprüfen. Die Finanzverwaltung wurde zu einer entsprechenden Veranlassung ab dem Jahresabschluss 2011 aufgefordert.

10. Die Sonderposten werden zum Teil nicht konsequent den entsprechenden Vermögensgegenständen zugeordnet. Die Aktivierung bzw. Passivierung der Vermögensgegenstände erfolgt nur schleppend bis gar nicht.

Beispiel: Im Falle der Fertigstellung der Konjunkturpaket II Maßnahme energetische Sanierung des Feuerwehrhauses Mainz-Bretzenheim erfolgte die Inbetriebnahme im Jahr 2010, die Meldung der Anlage gegenüber der Anlagenbuchhaltung ist nicht erfolgt. Eine entsprechende Aktivierung hat mit dem Jahresabschluss 2011 zu erfolgen.

Anhang und Anlagen

Der Anhang als Bestandteil des Jahresabschlusses und die Anlagen zum Jahresabschluss werden von der Finanzverwaltung ab dem Haushaltsjahr 2009 in einem „Jahresabschluss der Landeshauptstadt Mainz“ zusammen erstellt. Die Zustellung erfolgte rechtzeitig.

Die Prüfung der vorgelegten Teile erfolgte weitestgehend zusammenhängend. Feststellungen wurden von der Finanzverwaltung aufgegriffen und führten zu entsprechenden Korrekturen.

3 Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

3.1 Gegenstand der Prüfung

Erstellung, Aufstellung, Inhalt und Ausgestaltung der Buchführung, des Jahresabschlusses und über den Rechenschaftsbericht liegen in der Verantwortung des Oberbürgermeisters der Stadt Mainz.

Aufgabe des Revisionsamtes ist es, auf der Grundlage der durchgeführten pflichtgemäßen Prüfung ein Urteil über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung, der Inventur, des Inventars sowie der örtlich festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände und über den Rechenschaftsbericht abzugeben.

Dazu hat das Revisionsamt die Buchführung, die Inventur, das Inventar, die örtlich festgelegte Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2010, bestehend aus der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung, den Teilrechnungen, der Bilanz sowie dem Anhang und des Rechenschaftsberichts für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010 der Stadt geprüft. Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der Vorschriften zur Rechnungslegung nach der GemO bzw. GemHVO aufgestellt.

3.1.1 Art und Umfang der Prüfung

Das Revisionsamt hat die Prüfung nach §§ 110 und 112 GemO und dem risikoorientierten Prüfungsansatz in Anlehnung an die vom IDW festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen.

Diese Grundsätze erfordern es, die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass ein hinreichend sicheres Urteil darüber abgegeben werden kann, ob die Buchführung, der Jahresabschluss und den Rechenschaftsbericht frei von wesentlichen Fehlaussagen sind.

Dem risikoorientierten Prüfungsansatz gemäß hat die Revision eine am Risiko der Stadt ausgerichtete Prüfungsplanung durchgeführt. Diese Prüfungsplanung wurde auf der Grundlage von Auskünften der Verwaltungsleitung und erster analytischer Prüfungshandlungen sowie einer grundsätzlichen Beurteilung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems und des Risikomanagements erstellt.

Darauf aufbauend wurde ein prüffeldbezogenes risikoorientiertes Prüfungsprogramm entwickelt, das auf der Grundlage der festgestellten prüffeldbezogenen Risikofaktoren unter Einbeziehung der Beurteilung der Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems der Stadt Schwerpunkte, Art und Umfang der Prüfungshandlungen festlegt.

Die Abschlussprüfung schließt eine stichprobengestützte Prüfung der Nachweise für die Bilanzierung und die Angaben in Jahresabschluss und des Rechenschaftsberichts ein. Sie beinhaltet die Prüfung der angewandten Bilanzierungs-, Bewertungs- und Gliederungsgrundsätze und wesentlicher Einschätzungen des Oberbürgermeisters und des Finanzdezernenten sowie eine Beurteilung der Gesamtaussage des Jahresabschlusses und des Rechenschaftsberichts.

Gegenstand der Prüfungshandlungen im Rahmen der Prüfung des Rechenschaftsberichts waren unter anderem die Vollständigkeit und die Plausibilität der Angaben. Die Angaben sind unter Berücksichtigung der während der Abschlussprüfung gewonnen Erkenntnisse beurteilt worden, ob sie in Einklang mit dem Jahresabschluss stehen, insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Stadt vermitteln und die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend darstellen.

Die Prüfung umfasst aussagebezogene und einzelfallorientierte Prüfungshandlungen sowie Aufbau- und Funktionsprüfungen; die angewandten Verfahren zur Auswahl der risikoorientierten Prüfungshandlungen basieren auf einer bewussten Auswahl - z. B. der bilanziellen Bedeutung der einzelnen Bilanzpositionen - bzw. zum Teil auf mathematisch-statistischen Verfahren sowie Stichproben.

Es wurden insbesondere das Vermögen, das Eigenkapital, die Sonderposten, die Rückstellungen, die Verbindlichkeiten, die Rechnungsabgrenzungsposten, die Erträge und Aufwendungen sowie die Einzahlungen und Auszahlungen auf Vollständigkeit sowie die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften, der ergänzenden Satzungen und Verwaltungsvorschriften einschließlich der festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände geprüft.

Die Prüfungsstrategie des risikoorientierten Prüfungsansatzes hat zu folgenden Schwerpunkten des Prüfungsprogramms geführt:

Wesentlichkeitsgrenze

Für das Jahr 2010 erfolgte die Prüfung des Jahresabschlusses sowie die Erstellung des Prüfberichtes erstmals mit Hilfe der beim Revisionsamt im Laufe des Jahres 2013 eingeführten Softwarelösung AuditSolutions der Firma Audicon. Hier wird die Wesentlichkeitsgrenze wie folgt errechnet:

Als Basisgröße dient der jeweils größte Wert von den Größen Bilanzsumme, Steuern und ähnliche Abgaben, Zuwendungen und allgemeine Umlagen, sonstigen Transfererträge und öffentlich-rechtliche Leistungsentgelten. Durch das Revisionsamt wurde wie auch im Jahr 2009 die Bilanzsumme als Rechengrundlage festgesetzt. Unter Zuhilfenahme einer Tabelle, welche als Orientierungshilfe gedacht ist, wird die Wesentlichkeitsgrenze errechnet. Bei einer Bilanzsumme von 2.568.767.735 € ergibt sich eine errechnete Wesentlichkeitsgrenze von 4,8 Mio. EUR.

Es besteht die Möglichkeit bei entsprechender Begründung und Dokumentation von der berechneten Wesentlichkeitsgrenze abzuweichen. Neben der Wesentlichkeitsgrenze werden hier auch die Nichtaufgriffsgrenzen für Umbuchungs- und Umgliederungsvorschläge festgelegt.

Aus folgenden Gründen wurde von der berechneten Wesentlichkeitsgrenze abgewichen: Bei der Prüfung der Eröffnungsbilanz stand eine reine Bestandserfassung und Bewertung im Vordergrund. Wie allgemein üblich wurde, wie oben erwähnt, eine Wesentlichkeitsgrenze von 1 % der vorläufigen Bilanzsumme festgesetzt. Danach betrug die Wesentlichkeitsgrenze 20.000.000 €.

Dieser Wert wurde für die Prüfung des Jahresabschlusses 2009 beibehalten (Bilanzkontinuität). Beim Jahresabschluss 2009 hat sich der Fokus der Prüfung verschoben. Neben der Schlussbilanz erfolgten erstmals auch die Prüfungen für die Ergebnis- und Finanzrechnung sowie anderer wesentlicher Bestandteile (Anhang, Rechenschaftsbericht u. a.). Bei den Prüfungshandlungen wurde festgestellt, dass die vorgelegten Prüfungsunterlagen einschließlich der Buchungsqualität nicht so fehlerfrei wie erwartet waren. Die Fehlerhäufigkeit war höher als angenommen (Stichwort: Prüfungshemmnisse, Strukturelle Defizite und Korrekturen aufgrund der Prüfungshandlungen).

Für den Jahresabschluss 2010 ist daher eine Anpassung der Wesentlichkeitsgrenze angezeigt. Unter Berücksichtigung der Feststellungen der vorherigen und aktuellen Prüfungen wird die Wesentlichkeitsgrenze (Gesamt- oder auch Hauptwesentlichkeitsgrenze) mit 10.000.000 € festgelegt. Damit wird den Erfahrungen aus den Vorjahres- und aktuellen Prüfungen hinreichend Rechnung getragen.

Darüber hinaus werden für spezielle Prüfungsfelder unter Einbeziehung der Erfolgs- und Finanzrechnung bei Bedarf weitere angemessene Wesentlichkeitsgrenzen festgelegt.

Prüffeldbezogene Wesentlichkeitsgrenze

Zur Festlegung prüffeldspezifischer Wesentlichkeitsgrenzen ist eine standardisierte Relation zur Wesentlichkeitsgrenze auf Ebene des Abschlusses zu ermitteln. Als prüffeldbezogene Wesentlichkeitsgrenze gilt ein Wert von maximal 50 % der Gesamtwesentlichkeit.

Im Rahmen des prüferischen Ermessens kann für einzelne Prüffelder auch eine geringere prüffeldbezogene Wesentlichkeitsgrenze festgelegt werden. Die Begründung hierfür ist entsprechend zu dokumentieren.

Sofern die festgestellten Fehler die festgelegte Grenze überschreiten, ist eine Umbuchung bzw. Umgliederung zu veranlassen, da eine wesentliche Fehlaussage vorliegt. Zu berücksichtigen ist, dass Wesentlichkeit sich nicht nur quantitativ in einem Grenzwert, sondern auch qualitativ ausdrücken kann. Die Wesentlichkeit kann sich insbesondere auch aus der Bedeutung einer verletzten Rechtsnorm ergeben, wenn den Bestimmungen nach Sinn und Zweck besondere Bedeutung zuzumessen und der Verstoß nicht

geringfügig ist.

Nichtaufgriffsgrenzen für Umbuchungsvorschläge und Umgliederungsvorschläge

Die Entscheidung über vorzunehmende Umbuchungen und Umgliederungen aufgrund der Prüfungsfeststellungen erfolgt aus praktischen Gesichtspunkten heraus und obliegt der Verwaltung. Sofern die festgestellten Fehler aber die Nichtaufgriffsgrenze überschreiten ist eine Umbuchung bzw. Umgliederung zu veranlassen.

Hieraus ergeben sich für den Jahresabschluss 2010 unter Berücksichtigung der vorgeannten Gesichtspunkte die Wesentlichkeits- sowie Nichtaufgriffsgrenze:

Wesentlichkeitsgrenze:	10.000.000 €
Nichtaufgriffsgrenze für Umbuchungen: (10 % der Wesentlichkeitsgrenze)	1.000.000 €
Nichtaufgriffsgrenze für Umgliederungen: (10 % der Wesentlichkeitsgrenze)	1.000.000 €

Insbesondere wurden auf der Aktivseite die Sachanlagen mit unbebauten- und bebauten Grundstücken, das Infrastrukturvermögen (Ingenieurbauwerken und Straßen) sowie die Finanzanlagen und auf der Passivseite die Sonderposten, Rückstellungen und Verbindlichkeiten eingehender Prüfungshandlungen unter Berücksichtigung der Nichtaufgriffsgrenze (1 Mio.€) und der Wesentlichkeitsgrenze (10 Mio.€) unterzogen.

Art, Umfang und zeitlicher Ablauf der einzelnen Prüfungshandlungen sowie der Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (und Sachverständigen) wurden im Hinblick auf diese Prüfungsschwerpunkte unter Berücksichtigung der Risikoeinschätzung sowie der Wesentlichkeit bestimmt.

Die Prüfungshandlungen erfolgten unter Heranziehung folgender Prüfungsunterlagen:

- Haushaltsatzung
- Haushaltsplan
- Nachtragshaushaltssatzung
- Nachtragshaushaltsplan
- Jahresabschluss
 - Ergebnis- und Finanzrechnung
 - Teilrechnungen
 - Bilanz
 - Anhang

- Anlagen zum Jahresabschluss
 - Rechenschaftsbericht
 - Beteiligungsbericht
 - Anlagenübersicht
 - Forderungsübersicht
 - Verbindlichkeitsübersicht
 - Übersicht der Haushaltsermächtigungen
- Bürgschaftsverzeichnis
- Zahlungsbelege
- Vertragsunterlagen
- Zuwendungsbescheide
- Sonstiges

4 Grundsätzliche Feststellungen zum Jahresabschluss

4.1 Einhaltung des Haushaltsplans

4.1.1 Haushaltssatzung

Die Landeshauptstadt Mainz hat für jedes Haushaltsjahr gemäß § 95 Abs. 1 GemO eine Haushaltssatzung zu erlassen. Die Haushaltssatzung mit dem Haushaltsplan ist der Aufsichtsbehörde gemäß § 97 Abs. 1 GemO spätestens einen Monat vor Beginn des Haushaltsjahres vorzulegen. Der Haushaltsplan ist die Grundlage für die Haushaltswirtschaft der Landeshauptstadt Mainz (§ 96 Abs. 2 GemO).

Der Stadtrat hat auf Grund des § 95 GemO in der Fassung vom 31. Januar 1994 (GVBl. S. 153), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. November 2008 (GVBl. S. 294), am 05. Mai 2010, geändert durch Beschluss am 03. November 2010, folgende Haushaltssatzung beschlossen, die von der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion in Trier mit Verfügungen vom 06. Oktober 2010 und 18. November 2010 genehmigt wurde. Damit ist die Satzung rechtswirksam und trat rückwirkend zum 01.01.2010 in Kraft.

Die Haushaltssatzung enthielt folgende Festsetzungen:

im Ergebnishaushalt

der Gesamtbetrag der Erträge	384.252.894 €
der Gesamtbetrag der Aufwendungen	504.142.476 €
der Jahresfehlbetrag	119.889.582 €

im Finanzhaushalt

die ordentlichen Einzahlungen	380.009.103 €
die ordentlichen Auszahlungen	478.443.885 €
der Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen	98.434.782 €
die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	47.540.532 €
die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	62.213.769 €
der Saldo der Ein- und Auszahl. aus Investitionstätigkeit	14.673.237 €
die Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	126.862.672 €
die Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	13.754.653 €
der Saldo der Ein- und Auszahl. aus Finanzierungstätigkeit	113.108.019 €
der Gesamtbetrag der Einzahlungen	554.412.307 €
der Gesamtbetrag der Auszahlungen	554.412.307 €

Gesamtbetrag der vorgesehenen Kredite

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kredite, deren Aufnahme zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen erforderlich ist, wurde festgesetzt für

zinslose Kredite	0 €
verzinsten Kredite	20.527.307 €
<hr/>	
zusammen	20.527.307 €

Gesamtbetrag der vorgesehenen Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen

Der Gesamtbetrag der Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen, die in künftigen Haushaltsjahren zu Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Verpflichtungsermächtigungen) führen können, wird auf 43.507.589 EUR festgesetzt.

Die Summe der Verpflichtungsermächtigungen, für die in den künftigen Haushaltsjahren voraussichtlich Investitionskredite aufgenommen werden müssen, beläuft sich auf 24.479.389 EUR.

Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung

Der Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung wird auf 850.000.000 Euro festgesetzt.

4.1.2 Haushaltsplan

Der mit der Haushaltsatzung festgesetzte Haushaltsplan ist Grundlage für die Haushaltswirtschaft der Stadt Mainz. Er enthält alle im Haushaltsjahr voraussichtlich anfallenden Erträge und Einzahlungen, entstehenden Aufwendungen und zu leistenden Auszahlungen sowie notwendigen Verpflichtungsermächtigungen.

Die Überprüfung des Haushaltsplanes hinsichtlich Form, Inhalt und Vollständigkeit gemäß den gesetzlichen Bestimmungen der Gemeindeordnung und der Gemeindehaushaltsverordnung ergaben keine Beanstandungen.

4.1.3 Nachtrag / Nachträge

Die vom Stadtrat in seiner Sitzung am 08.12.2010 beschlossene Nachtragshaushaltssatzung 2010 wurde am 27.12.2010 öffentlich bekannt gemacht. Gegenstand der Nachtragshaushaltssatzung war die Änderung des Stellenplans für das Haushaltsjahr 2010.

Die übrigen Festsetzungen und Regelungen in der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2010 blieben unverändert bestehen.

Die Nachtragshaushaltssatzung einschließlich Änderung des Stellenplans der Stadt Mainz für das Haushaltsjahr 2010 wurde vom 28.12.2010 bis 30.12.2010 sowie vom 03.01.2011 bis einschließlich 06.01.2011 öffentlich ausgelegt.

Damit war die Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2010 rechtswirksam und entspricht in Form, Inhalt und Vollständigkeit den gesetzlichen Bestimmungen.

4.2 Ergebnisrechnung

In der Ergebnisrechnung werden alle dem Haushaltsjahr (Periode) zuzurechnenden Erträge und Aufwendungen ausgewiesen. Die Ergebnisrechnung entspricht der kaufmännischen Gewinn- und Verlustrechnung und stellt das Ressourcenaufkommen dem Ressourcenverbrauch gegenüber. Unterteilt nach dem Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit, dem Finanzergebnis, sowie dem ordentlichen und außerordentlichen Ergebnis zeigt das Gesamtergebnis des Haushaltsjahres die Veränderung des Eigenkapitals in der Bilanz (Vermögensrechnung) an.

Den in der Ergebnisrechnung nachzuweisenden Ergebnissen sind die Ergebnisse der Rechnungen des Haushaltsvorjahres und die Ansätze des Haushaltsjahres gegenüberzustellen.

Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit

Das Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit schließt 2010 mit einem negativen Ergebnis in Höhe von 49,881 Mio. EUR ab, d. h. die ordentlichen Aufwendungen übersteigen die ordentlichen Erträge der Stadt Mainz um 49,881 Mio. EUR. Im Vergleich zum Vorjahr verbessert sich das negative laufende Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit um 15,650 Mio. EUR. Gegenüber dem Planansatz 2010 stellt das laufende Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit eine Verbesserung um 38,031 Mio. EUR dar. Die wesentlichen Abweichungen gegenüber dem Haushaltsplan bzw. dem Vorjahr werden in den weiteren Ausführungen erläutert.

Finanzergebnis

Das Finanzergebnis 2010 beträgt -16,168 Mio. EUR. Den Finanzaufwendungen in Höhe von 35,337 Mio. EUR stehen Finanzerträge in Höhe von 19,168 Mio. EUR gegenüber. Im Jahresvergleich verbessert sich das Finanzergebnis um 5,010 Mio. EUR und im Vergleich zum Haushaltsplan 2010 um 15,807 Mio. EUR.

Jahresergebnis

Das Jahresergebnis 2010 ergibt sich als Saldo des Ergebnisses aus laufender Verwaltungstätigkeit, des Finanzergebnisses sowie des außerordentlichen Ergebnisses. Das Gesamtergebnis 2010 beläuft sich auf -65,950 Mio. EUR und liegt rund 53,938 Mio. EUR unter dem geplanten fortgeschriebenen Jahresergebnis 2010.

Der Jahresfehlbetrag wurde beim Eigenkapital der Bilanz als Jahresfehlbetrag eingestellt und führt zu einer entsprechenden Verringerung des Eigenkapitals.

4.3 Finanzrechnung

In der Finanzrechnung werden alle Einzahlungen und Auszahlungen des laufenden Verwaltungsbetriebes, der Investitionen und Desinvestitionstätigkeit (Devestition) sowie der Finanzierungstätigkeit eines Haushaltsjahres (Periode) ausgewiesen. Hier werden die Veränderungen der Zahlungsmittelströme und die Veränderung des Zahlungsbestandes angezeigt, welche in der Bilanz (Vermögensrechnung) zu einer entsprechenden Veränderung des Zahlungsbestandes (liquide Mittel) führen. Die Zahlungen für Investitions- und Finanzierungstätigkeiten bedingen und erläutern entsprechende Vermögens- und Kapitaländerungen in der Bilanz.

Ziel der Finanzrechnung ist es, ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Finanzlage zu vermitteln. Dazu werden die Einzahlungen und Auszahlungen getrennt nach

- laufender Verwaltungstätigkeit
- Investitionstätigkeit
- Finanzierungstätigkeit

ausgewiesen.

Erhebliche Unterschiede zwischen Ergebnissen und Ansätzen des laufenden Haushaltsjahres sind im Anhang anzugeben und zu erläutern.

Entsprechenden Erläuterungen, auch bei Abweichungen im zweistelligen Millionenbetrag, wurden jedoch nicht im Anhang ausgewiesen. Die Begrifflichkeit „Erhebliche Unterschiede“ bedarf noch einer konkreteren Definition.

Die vorgelegte Finanzrechnung gibt ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Finanzlage der Landeshauptstadt Mainz wieder, die Ein- und Auszahlungsarten in der Gruppe "Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit" entsprechen inhaltlich weitgehend den zahlungswirksamen Ertrags- und Aufwandsarten der Ergebnisrechnung.

5 Bestätigungsvermerk und Schlussbemerkung

Dem Auftrage gemäß § 113 GemO haben wir im Jahresabschluss 2010 die Ergebnis- und Finanzrechnung, die Bilanz, die Buchführung, das Inventar und Inventur geprüft.

Nach unserer Prüfung kann festgestellt werden, dass der Jahresabschluss im Wesentlichen ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögen-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt Mainz entspricht. Dies schließt auch die Beachtung der Grundätze ordnungsmäßiger Buchführung mit ein.

Die Prüfungsergebnisse zeigen strukturelle Feststellungen und Prüfungshemmnisse auf. Diese und weitere Feststellungen sind in den nächsten Jahresabschlüsse zu berücksichtigen.

Dabei kann nicht mit abschließender Sicherheit ausgeschlossen werden, dass sich Korrekturen oberhalb der von uns definierten Wesentlichkeitsgrenze von 10 Mio. EUR ergeben könnten. Im Rahmen der Prüfungen festgestellte strukturelle Feststellungen und Prüfungshemmnisse sind unterhalb der Wesentlichkeitsgrenze angesiedelt.

Es kann trotz dieser Einschränkungen mit hinreichender Wahrscheinlichkeit davon ausgegangen werden, dass der Jahresabschluss im Wesentlichen ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage entspricht.

Das Revisionsamt empfiehlt dem Rechnungsprüfungsausschuss, dem Stadtrat die Feststellung des Jahresabschlusses - unter Berücksichtigung der im Prüfungsbericht definierten Korrekturen - vorzuschlagen. Die ausstehenden Korrekturen und Prüfungsbe-merkungen sind zeitnah auszuräumen.

Mainz, den 22. Oktober 2014
14-Revisionsamt



Amtsleiter

6 Anlagen zum Prüfungsbericht

6.1 Pflichtbestandteile

6.1.1 Ergebnisrechnung für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010

lfd. Nr.	Ertrags- und Aufwandsarten (gem. § 2 Abs. 1 GemHVO)	Verweis auf Anhang (lfd. Nr.)	Ergebnis des Haushaltsvorjahres 2009	Ansatz des Haushaltsjahres einschließlich Nachträge 2010	Ergebnis des Haushaltsjahres 2010	Abweichung (Ergebnis-Ansatz) im Haushaltsjahr 2010	Ergebnisveränderung gegenüber Haushaltsvorjahr 2009
			in €				
1	+ Steuern und ähnliche Abgaben		232.262.087,22	223.597.000,00	240.015.948,95	16.418.948,95	7.753.861,73
2	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge		64.967.142,96	46.649.662,00	60.127.500,85	13.477.838,85	-4.839.642,11
3	+ Erträge der sozialen Sicherung		46.786.919,12	45.990.115,00	47.797.636,58	1.807.521,58	1.010.717,46
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte		17.342.243,09	16.348.643,00	17.100.144,20	751.501,20	-242.098,89
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte		10.060.826,90	10.894.997,00	9.858.058,26	-1.036.938,74	-202.768,64
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen		19.583.744,29	9.296.572,00	19.065.611,97	9.769.039,97	-518.132,32
9	+ Sonstige laufende Erträge		30.883.092,22	23.709.740,00	33.069.986,92	9.360.246,92	2.186.894,70
10	= Summe der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit		421.886.055,80	376.486.729,00	427.034.887,73	50.548.158,73	5.148.831,93
11	- Personalaufwendungen		-119.011.892,17	-121.528.264,00	-119.234.210,04	2.294.053,96	-222.317,87
12	- Versorgungsaufwendungen		-13.477.834,36	-5.443.497,00	-12.401.859,96	-6.958.362,96	1.075.974,40
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		-35.089.551,29	-34.703.505,00	-37.505.380,48	-2.801.875,48	-2.415.829,19
14	- Abschreibungen gem. § 2 Abs. 1 Nr. 14 GemHVO		-39.843.960,82	-23.323.198,00	-33.106.300,81	-9.783.102,81	6.737.660,01
15	- Abschreibungen gem. § 2 Abs. 1 Nr. 15 GemHVO		0,00	-630,00	0,00	630,00	0,00
16	- Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transferleistungen		-95.863.943,44	-93.720.725,00	-94.458.573,28	-737.848,28	1.405.370,16
17	- Aufwendungen der sozialen Sicherung		-156.322.098,13	-158.744.169,00	-152.773.122,07	5.971.046,93	3.548.976,06
18	- Sonstige laufende Aufwendungen		-27.809.438,12	-26.936.222,00	-27.437.221,24	-500.999,24	372.216,88
19	= Summe der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit		-487.418.718,33	-464.400.210,00	-476.916.667,88	-12.516.457,88	10.502.050,45
20	= Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit		-65.532.662,53	-87.913.481,00	-49.881.780,15	38.031.700,85	15.650.882,38
21	+ Zinserträge und sonstige Finanzerträge		21.053.242,98	7.766.165,00	19.168.928,77	11.402.763,77	-1.884.314,21
22	- Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen		-42.231.945,08	-39.742.266,00	-35.337.320,96	4.404.945,04	6.894.624,12
23	= Finanzergebnis		-21.178.702,10	-31.976.101,00	-16.168.392,19	15.807.708,81	5.010.309,91
24	= Ordentliches Ergebnis		-86.711.364,63	-119.889.582,00	-66.050.172,34	53.839.409,66	20.661.192,29
25	+ Außerordentliche Erträge		722.411,87	0,00	781.380,28	781.380,28	58.968,41
26	- Außerordentliche Aufwendungen		-69.134,06	0,00	-682.058,48	-682.058,48	-612.924,42
27	= Außerordentliches Ergebnis		653.277,81	0,00	99.321,80	99.321,80	-553.956,01
28	= Jahresergebnis (Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag)		-86.058.086,82	-119.889.582,00	-65.950.850,54	53.938.731,46	20.107.236,28

6.1.2 Erläuterungen zur Ergebnis- und Teilergebnisrechnung für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2010

In der Ergebnisrechnung und den Teilrechnungen sind gemäß der gesetzlichen Vorschrift der § 44 i. V. m. § 46 GemHVO die dem Haushaltsjahr zuzurechnenden Erträge und Aufwendungen vollständig und getrennt voneinander nachzuweisen. Erträge dürfen nicht mit Aufwendungen verrechnet werden, soweit durch Gesetz oder Verordnung nichts anderes zugelassen ist.

Die Ergebnisrechnung ist in Staffelform aufzustellen. Den in der Ergebnisrechnung nachzuweisenden Ergebnissen sind die Ergebnisse der Rechnung des Haushaltsvorjahres und die Ansätze des Haushaltsjahres gegenüberzustellen. Erhebliche Unterschiede sind anzugeben und zu erläutern.

Bei der Aufstellung der Ergebnis- und der Teilrechnungen wurden die Vorschriften der GemHVO entsprechend beachtet. Die Gliederung entspricht der vorgegebenen Mustervorlage 15 zu § 44 GemHVO und dem Muster 18 zu § 46 GemHVO.

Die kompletten Teilergebnisrechnungen pro Teilhaushalt liegen dem Revisionsamt in Dateiform vor und können eingesehen werden. Die dargestellte Teilrechnung im Jahresabschlussberichts des Amtes 20 zeigt nur die Jahresergebnisse der einzelnen Teilergebnisrechnungen auf.

Anlagen zum Prüfungsbericht

6.1.3 Finanzrechnung für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010

lfd. Nr.	Ein- und Auszahlungsarten gem. § 3 Abs. 1 GemHVO	Verweis auf Anhang (lfd. Nr.)	Ergebnis des Haushaltsvorjahres	Ansatz des Haushaltsjahres einschließlich Nachträge	Ergebnis des Haushaltsjahres	Abweichung (Ergebnis-Ansatz) im Haushaltsjahr	Ergebnisveränderung gegenüber Haushaltsvorjahr
			2009	2010	2010	2010	2009
in €							
1	Steuern und ähnliche Abgaben		226.596.027,41	223.597.000,00	237.172.118,24	13.575.118,24	10.576.090,83
2	+ Zuwendungen allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen		45.204.318,15	42.733.716,00	54.590.977,97	11.857.261,97	9.386.659,82
3	+ Einzahlungen der sozialen Sicherung		44.619.903,21	45.990.115,00	46.814.377,01	824.262,01	2.194.473,80
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte		15.233.052,48	16.020.691,00	15.931.447,84	-89.243,16	698.395,36
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte		8.657.623,03	10.894.997,00	8.655.951,17	-2.239.045,83	-1.671,86
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen		16.349.931,36	9.296.607,00	18.627.280,71	9.330.673,71	2.277.349,35
7	+ Erhöhung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	- Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	Sonstige laufende Einzahlungen		12.989.640,85	23.709.812,00	28.136.364,72	4.426.552,72	15.146.723,87
10	= Summe der laufenden Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit		369.650.496,49	372.242.938,00	409.928.517,66	37.685.579,66	40.278.021,17
11	- Personalauszahlungen		-107.189.372,01	-114.665.530,00	-114.626.681,22	38.848,78	-7.437.309,21
12	- Versorgungsauszahlungen		-10.620.608,75	-9.932.642,00	-11.231.284,91	-1.298.642,91	-610.676,16
13	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen		-31.942.268,79	-34.699.319,00	-33.472.223,66	1.227.095,34	-1.529.954,87
14	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen		-91.255.922,99	-93.720.725,00	-103.769.659,66	-10.048.934,66	-12.513.736,67
15	- Auszahlungen der sozialen Sicherung		-150.132.915,41	-158.744.169,00	-156.872.552,36	1.871.616,64	-6.739.636,95
16	- Sonstige laufende Auszahlungen		-22.828.091,09	-26.939.234,00	-22.652.325,10	4.286.908,90	175.765,99
17	= Summe der laufenden Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit		-413.969.179,04	-438.701.619,00	-442.624.726,91	-3.923.107,91	-28.655.547,87
18	= Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit		-44.318.682,55	-66.458.681,00	-32.696.209,25	33.762.471,75	11.622.473,30
19	+ Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen		20.995.103,47	7.766.165,00	16.275.968,97	8.509.803,97	-4.719.134,50
20	- Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen		-42.100.647,10	-39.742.266,00	-35.675.230,71	4.067.035,29	6.425.416,39
21	= Saldo der Zins- und sonstigen Finanzein- und -auszahlungen		-21.105.543,63	-31.976.101,00	-19.399.261,74	12.576.839,26	1.706.281,89
22	= Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen		-65.424.226,18	-98.434.782,00	-52.095.470,99	46.339.311,01	13.328.755,19
23	+ Außerordentliche Einzahlungen		722.428,67	0,00	781.380,28	781.380,28	58.951,61
24	- Außerordentliche Auszahlungen		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25	= Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen		722.428,67	0,00	781.380,28	781.380,28	58.951,61
26	= Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen		-64.701.797,51	-98.434.782,00	-51.314.090,71	47.120.691,29	13.387.706,80
27	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen		6.475.036,41	40.630.877,00	20.837.418,81	-19.793.458,19	14.362.382,40
28	+ Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten		94.563,37	2.723.442,00	199.997,96	-2.523.444,04	105.434,59
29	+ Einzahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Anlagen zum Prüfungsbericht

lfd. Nr.	Ein- und Auszahlungsarten gem. § 3 Abs. 1 GemHVO	Verweis auf Anhang (lfd. Nr.)	Ergebnis des Haushaltsvorjahres	Ansatz des Haushaltsjahres einschließlich Nachträge	Ergebnis des Haushaltsjahres	Abweichung (Ergebnis-Ansatz) im Haushaltsjahr	Ergebnisveränderung gegenüber Haushaltsvorjahr
			2009	2010	2010	2010	2009
			in €				
30	+ Einzahlungen für Sachanlagen		6.021.318,21	2.181.889,00	11.265.108,41	9.083.219,41	5.243.790,20
31	+ Einzahlungen für Finanzanlagen		-222.200,00	1.750.400,00	222.200,00	-1.528.200,00	444.400,00
32	+ Einzahlungen aus sonstigen Ausleihungen und Kreditgewährungen		11.859.101,89	253.924,00	1.384.016,24	1.130.092,24	-10.475.085,65
33	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Vorräten		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	+ sonstige Investitionseinzahlungen		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
35	= Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit		24.227.819,88	47.540.532,00	33.908.741,42	-13.631.790,58	9.680.921,54
36	- Auszahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände		-1.616.665,73	-12.732.538,00	-3.935.142,15	8.797.395,85	-2.318.476,42
37	- Auszahlungen für Sachanlagen		-30.379.943,73	-47.244.591,00	-33.346.116,81	13.898.474,19	-2.966.173,08
38	- Auszahlungen für Finanzanlagen		-94.492.299,07	-1.750.400,00	-533.969,55	1.216.430,45	93.958.329,52
39	- Auszahlungen für sonstige Ausleihungen und Kreditgewährungen		-2.293.500,00	0,00	4.500,00	4.500,00	2.298.000,00
40	- Auszahlungen für den Erwerb von Vorräten		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
41	- Sonstige Investitionsauszahlungen		0,00	-486.240,00	0,00	486.240,00	0,00
42	= Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit		-128.782.408,53	-62.213.769,00	-37.810.728,51	24.403.040,49	90.971.680,02
43	= Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit		-104.554.588,65	-14.673.237,00	-3.901.987,09	10.771.249,91	100.652.601,56
44	= Finanzmittelüberschuss / Finanzmittelfehlbetrag		-169.256.386,16	-113.108.019,00	-55.216.077,80	57.891.941,20	114.040.308,36
45	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Investitionskrediten		102.697.324,00	20.527.307,00	21.733.365,80	1.206.058,80	-80.963.958,20
46	- Auszahlungen zur Tilgung von Investitionskrediten		-22.866.205,00	-13.754.653,00	-25.682.775,27	-11.928.122,27	-2.816.570,27
47	= Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionskrediten		79.831.119,00	6.772.654,00	-3.949.409,47	-10.722.063,47	-83.780.528,47
48	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung		759.000.000,00	106.335.365,00	1.133.000.000,00	1.026.664.635,00	374.000.000,00
49	- Auszahlungen zur Tilgung von Krediten zur Liquiditätssicherung		-652.847.749,00	0,00	-1.090.000.000,00	-1.090.000.000,00	-437.152.251,00
50	= Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Krediten zur Liquiditätssicherung		106.152.251,00	106.335.365,00	43.000.000,00	-63.335.365,00	-63.152.251,00
51	+ Abnahme der liquiden Mittel		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
52	- Zunahme der liquiden Mittel		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
53	= Veränderung der liquiden Mittel		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
54	= Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit		185.983.370,00	113.108.019,00	39.050.590,53	-74.057.428,47	-146.932.779,47
55	Einzahlungen aus durchlaufenden Geldern		11.812.663,00	0,00	5.617.223,98	5.617.223,98	-6.195.439,02
56	Auszahlungen aus durchlaufenden Geldern		-16.810.545,00	0,00	-11.773.958,96	-11.773.958,96	5.036.586,04

6.1.4 Erläuterungen zur Finanz- und Teilfinanzrechnungen für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010

In der Finanzrechnung sind die im Haushaltsjahr eingegangenen Einzahlungen und geleisteten Auszahlungen vollständig und getrennt voneinander nachzuweisen. Einzahlungen dürfen nicht mit Auszahlungen verrechnet werden, soweit durch Gesetz oder Verordnung nichts anderes zugelassen ist. Die Finanzrechnung ist in Staffelform aufzustellen. Den in der Finanzrechnung nachzuweisenden Ergebnissen sind die Ergebnisse der Rechnung des Haushaltsvorjahres und die Ansätze des Haushaltsjahres gegenüberzustellen. Erhebliche Unterschiede sind anzugeben und zu erläutern.

Bei der Aufstellung der Finanz- und Teilrechnungen wurden die Vorschriften der GemHVO entsprechend beachtet. Die Gliederung entspricht der vorgegebenen Mustervorlage 16 zu § 45 GemHVO sowie dem Muster 18 zu § 46 GemHVO.

Die kompletten Teilfinanzrechnungen pro Teilhaushalt liegen dem Revisionsamt in Dateiform vor und können eingesehen werden. Die dargestellte Teilrechnung im Jahresabschluss zeigt nur die Jahresergebnisse der einzelnen Teilfinanzrechnungen auf.

Anlagen zum Prüfungsbericht

6.1.5 Bilanz zum 31. Dezember 2010

Aktiva

Posten	Bezeichnung	Verweis auf Anhang (fd. Nr.)	31.12.2009 Haushaltsvorjahr	31.12.2010 Haushaltsjahr
			in €	
1.	Anlagevermögen			
1.1	Immaterielle Vermögensgegenstände			
1.1.1	Gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		81.535,82	57.428,68
1.1.2	Geleistete Zuwendungen		18.308.028,50	21.515.461,75
1.1.3	Gezahlte Investitionszuschüsse		12.389.961,93	15.160.752,94
1.1.4	Geschäfts- oder Firmenwert		0,00	0,00
1.1.5	Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände		1.003.676,30	3.676,30
			31.783.202,55	36.737.319,67
1.2	Sachanlagen			
1.2.1	Wald, Forsten		30.359.762,47	30.357.005,10
1.2.2	Sonstige unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte		320.628.450,96	319.382.514,56
1.2.3	Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte		325.629.921,83	319.393.232,81
1.2.4	Infrastrukturvermögen		1.365.280.414,71	1.349.027.086,37
1.2.5	Bauten auf fremden Grund und Boden		1.478.593,83	1.852.303,31
1.2.6	Kunstgegenstände, Denkmäler		4.886.211,38	5.033.380,76
1.2.7	Maschinen, technische Anlagen, Fahrzeuge		14.379.867,47	13.169.075,33
1.2.8	Betriebs- und Geschäftsausstattung		7.824.059,17	7.257.590,27
1.2.9	Pflanzen und Tiere		10.641.847,00	10.641.847,00
1.2.10	Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau		53.153.815,09	82.816.850,08
			2.134.262.943,91	2.138.930.885,59
1.3	Finanzanlagen			
1.3.1	Anteile an verbundenen Unternehmen		196.281.067,16	196.307.870,38
1.3.2	Ausleihungen an verbundene Unternehmen		1.589.795,49	1.703.538,19
1.3.3	Beteiligungen		8.720.956,45	8.720.956,45
1.3.4	Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		0,00	0,00
1.3.5	Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten des öffentlichen Rechts, rechtsfähige kommunale Stiftungen		103.232.342,71	105.527.153,07
1.3.6	Ausleihungen an Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten des öffentlichen Rechts, rechtsfähige kommunale Stiftungen		0,00	0,00
1.3.7	Sonstige Wertpapiere des Anlagevermögens		3.175.038,98	3.533.219,64
1.3.8	Sonstige Ausleihungen		5.794.384,00	4.185.990,46
			318.793.584,79	319.978.728,19
			2.484.839.731,25	2.495.646.933,45
2.	Umlaufvermögen			
2.1	Vorräte			
2.1.1	Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		0,00	0,00
2.1.2	Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen		0,00	0,00
2.1.3	Fertige Erzeugnisse, fertige Leistungen und Waren		4.667.395,05	2.992.238,37
2.1.4	Geleistete Anzahlungen auf Vorräte		0,00	0,00
			4.667.395,05	2.992.238,37
2.2	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
2.2.1	Öffentlich-rechtliche Forderungen, Forderungen aus Transferleistungen		37.511.411,75	37.212.740,16
2.2.2	Privatrechtliche Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		5.166.533,25	3.736.185,01
2.2.3	Forderungen gegen verbundene Unternehmen		8.862.148,24	11.532.139,83
2.2.4	Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		3.088,97	40.684,52
2.2.5	Forderungen gegen Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten des öffentlichen rechts, rechtsfähige kommunale Stiftungen		348.874,14	439.765,50
2.2.6	Forderungen gegen den sonstigen öffentlichen Bereich		1.652.776,26	1.622.513,07
2.2.7	Sonstige Vermögensgegenstände		9.351.797,20	4.580.199,12
			62.896.629,81	59.164.227,21
2.3	Wertpapiere des Umlaufvermögens			
2.3.1	Anteile an verbundenen Unternehmen		6.499.000,00	6.559.000,00
2.3.2	Sonstige Wertpapiere des Umlaufvermögens		0,00	0,00
			6.499.000,00	6.559.000,00
2.4	Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei der EZB, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks			
			22.189.891,56	76.500,38
			96.252.916,42	68.791.965,96
3.	Ausgleichsposten für latente Steuern		0,00	0,00
4.	Rechnungsabgrenzungsposten		4.212.862,31	4.328.835,59
5.	Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag		0,00	0,00
	Bilanzsumme		2.585.305.509,98	2.568.767.735,00

Anlagen zum Prüfungsbericht

Passiva

Posten	Bezeichnung	Verweis auf Anhang (Ifd. Nr.)	31.12.2009 Haushaltsvorjahr	31.12.2010 Haushaltsjahr
			in €	
1.	Eigenkapital			
1.1	Kapitalrücklage		923.785.495,83	921.966.843,37
1.2	Sonstige Rücklagen		0,00	152.822,96
1.3	Ergebnisvortrag		0,00	-85.791.539,26
1.4	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag		-86.058.086,82	-66.000.025,37
			837.727.409,01	770.328.101,70
2.	Sonderposten			
2.1	Sonderposten für Belastungen aus dem kommunalen Finanzausgleich		0,00	0,00
2.2	Sonderposten zum Anlagevermögen			
2.2.1	Sonderposten aus Zuwendungen		403.412.377,59	401.452.888,53
2.2.2	Sonderposten aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten		7.016.268,60	6.781.945,70
2.2.3	Sonderposten aus Anzahlungen für Anlagevermögen		7.942.597,00	17.698.952,71
2.3	Sonderposten für den Gebührenaussgleich		0,00	0,00
2.4	Sonderposten mit Rücklageanteil		0,00	0,00
2.5	Sonderposten aus Grabnutzungsentgelten		0,00	0,00
2.6	Sonderposten aus Anzahlungen für Grabnutzungsentgelte		0,00	0,00
2.7	Sonstige Sonderposten		3.798.557,99	4.447.797,59
			422.169.801,18	430.381.584,53
3.	Rückstellungen			
3.1	Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		246.200.117,07	248.904.028,88
3.2	Steuerrückstellungen		354.497,07	354.497,07
3.3	Rückstellungen für latente Steuern		0,00	0,00
3.4	Sonstige Rückstellungen		27.058.110,69	5.971.808,13
			273.612.724,83	275.230.334,08
4.	Verbindlichkeiten			
4.1	Anleihen		0,00	0,00
4.2	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen			
4.2.1	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen		276.915.472,99	273.368.207,32
4.2.2	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen zur Liquiditätssicherung		692.000.000,00	735.000.000,00
4.3	Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen		336.769,12	295.042,00
4.4	Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen		0,00	0,00
4.5	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		7.955.638,77	7.796.447,05
4.6	Verbindlichkeiten aus Transferleistungen		0,00	0,00
4.7	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		35.630.277,43	43.735.713,43
4.8	Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		367.760,03	36,90
4.9	Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen, Zweckverbänden, Anstalten des öffentlichen Rechts, rechtsfähigen kommunalen Stiftungen		28.012.884,05	22.001.793,98
4.10	Verbindlichkeiten gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich		70.829,36	2.329.945,92
4.11	Sonstige Verbindlichkeiten		8.898.888,22	7.875.348,94
			1.050.188.519,97	1.092.402.535,54
5.	Rechnungsabgrenzungsposten		1.607.054,99	425.179,15
Bilanzsumme			2.585.305.509,98	2.568.767.735,00

6.1.6 Anhang für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010

Dem Jahresabschluss ist gemäß § 108 Abs. 2 Nr. 5 GemO ein Anhang beizufügen. In diesen Anhang sind gemäß § 48 GemHVO diejenigen Angaben aufzunehmen, die zu den einzelnen Posten der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung und der Bilanz vorgeschrieben sind.

Dem Jahresabschluss ist ein ordnungsgemäßer Anhang beigelegt worden. Dieser enthält im Wesentlichen die notwendigen und vorgeschriebenen erforderlichen Angaben und Erläuterungen.

Zusätzlich ist dem Anhang eine Anlagenübersicht, Forderungsübersicht sowie eine Verbindlichkeitenübersicht beizufügen.

Der Anlagenspiegel (Anlagenübersicht) enthält die gemäß Muster 20 zu § 50 GemHVO vorgesehenen Angaben. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die dargestellten Veränderungen des Anlagevermögens auf Anpassungen der Eröffnungsbilanz 2009 und auf laufenden Buchungen beruhen.

Die Forderungsübersicht und die Verbindlichkeitenübersicht entsprechen nach Art und Restlaufzeit den vom Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur vorgegebenen Muster 21 zu § 51 GemHVO und dem Muster 22 zu § 52 GemHVO. Die dargestellten Forderungen und Verbindlichkeiten stimmen mit den Bilanzwerten überein.

Zusammenfassend enthält der Anhang gem. § 108 Abs. 2 Nr. 5 GemO im Wesentlichen die notwendigen und vorgeschriebenen Inhalte.

Aufgrund der zeitlichen Begrenzung zur Durchführung der Jahresabschlussprüfung erfolgte keine vollumfängliche Prüfung des Anhangs. Jedoch wird der Anhang aufgrund seiner Bedeutung nicht nur mit der Vorlage des Jahresabschlusses geprüft, sondern zusätzlich auch unterjährig einer Prüfung unterzogen.

Der kompletten Bestandteile des Anhangs liegen dem Revisionsamt in Dateiform vor und können bei Bedarf dort eingesehen werden.

6.1.7 Rechenschaftsbericht für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31 Dezember 2010

Dem Jahresabschluss ist gemäß § 108 Abs. 3 Nr. 1 GemO ein Rechenschaftsbericht beizufügen. Im Rechenschaftsbericht sind gemäß § 49 GemHVO der Verlauf der Haushaltswirtschaft und die Lage der Gemeinde so darzustellen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird. Dazu ist ein Überblick über die wichtigen Ergebnisse des Jahresabschlusses und Rechenschaft über die Haushaltswirtschaft im abgelaufenen Haushaltsjahr zu geben. Außerdem hat der Rechenschaftsbericht eine ausgewogene und umfassende, dem Umfang der gemeindlichen Aufgabenerfüllung entsprechende Analyse der Haushaltswirtschaft und der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gemeinde zu enthalten. In die Analyse sollen die produktorientierten Ziele und Kennzahlen, soweit sie bedeutsam für das Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gemeinde sind, einbezogen und unter Bezugnahme auf die im Jahresabschluss enthaltenen Ergebnisse erläutert werden. Der Rechenschaftsbericht soll zudem auf Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Haushaltsjahres aufgetreten sind, und Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung der Gemeinde und zugrunde liegende Annahmen eingehen.

Der Rechenschaftsbericht enthält im Wesentlichen die notwendigen und vorgeschriebenen erforderlichen Angaben und Erläuterungen.

Aufgrund der zeitlichen Begrenzung zur Durchführung der Jahresabschlussprüfung erfolgte keine vollumfängliche Prüfung des Rechenschaftsberichtes. Jedoch wird der Rechenschaftsbericht aufgrund seiner Bedeutung nicht nur mit der Vorlage des Jahresabschlusses geprüft, sondern zusätzlich auch unterjährig einer Prüfung unterzogen.

Anlagen zum Prüfungsbericht

6.1.8 Überblick der Eröffnungsbilanzkorrekturen

Aktiva		Eröffnungsbilanz	Korrektur EB	Korrektur EB	Korrektur EB	Korrektur EB	Korrektur EB	Korrektur EB
Posten	Bezeichnung	01.01.2009	2009	2010	2011	2012	2013	Gesamt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
1	Anlagevermögen							
1.1	Immaterielle Vermögensgegenstände							
1.1.1	Gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	89.829,86						0,00
1.1.2	Geleistete Zuwendungen	16.997.086,50	55.000,00					55.000,00
1.1.3	Gezahlte Investitionszuschüsse	12.504.460,99						0,00
1.1.4	Geschäfts- oder Firmenwert	0,00						0,00
1.1.5	Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	0,00						0,00
		29.591.377,35	55.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	55.000,00
1.2	Sachanlagen							
1.2.1	Wald, Forsten	30.359.762,47						0,00
1.2.2	Sonstige unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	339.364.843,30	-11.795.472,38	903.288,18				-10.892.184,20
1.2.3	Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	243.977.947,80	75.532.688,12					75.532.688,12
1.2.4	Infrastrukturvermögen	1.329.560.541,46	33.674.222,74	-5.649.973,74				28.024.249,00
1.2.5	Bauten auf fremden Grund und Boden	880.741,76	625.517,59					625.517,59
1.2.6	Kunstgegenstände, Denkmäler	4.745.636,97						0,00
1.2.7	Maschinen, technische Anlagen, Fahrzeuge	13.623.434,60	1.907.193,46					1.907.193,46
1.2.8	Betriebs- und Geschäftsausstattung	7.422.821,44		-708.303,03				-708.303,03
1.2.9	Pflanzen und Tiere	10.641.847,00						0,00
1.2.10	Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	30.848.680,98						0,00
		2.011.426.257,78	99.944.149,53	-5.454.988,59	0,00	0,00	0,00	94.489.160,94

Anlagen zum Prüfungsbericht

Aktiva		Eröffnungsbilanz	Korrektur EB	Korrektur EB	Korrektur EB	Korrektur EB	Korrektur EB	Korrektur EB
Posten	Bezeichnung	01.01.2009	2009	2010	2011	2012	2013	Gesamt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
1.3	Finanzanlagen							
1.3.1	Anteile an verbundenen Unternehmen	114.813.306,00	-80.000,00					-80.000,00
1.3.2	Ausleihungen an verbundene Unternehmen	1.644.001,00		-230.243,45				-230.243,45
1.3.3	Beteiligungen	3.376.402,00						0,00
1.3.4	Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00						0,00
1.3.5	Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten des öffentlichen Rechts, rechtsfähige kommunale Stiftungen	110.591.591,40	-9.331.016,07					-9.331.016,07
1.3.6	Ausleihungen an Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten des öffentlichen Rechts, rechtsfähige kommunale Stiftungen	0,00						0,00
1.3.7	Sonstige Wertpapiere des Anlagevermögens	2.852.331,00						0,00
1.3.8	Sonstige Ausleihungen	3.756.609,56	54.853,61	-1.217.708,44				-1.162.854,83
		237.034.240,96	-9.356.162,46	-1.447.951,89	0,00	0,00	0,00	-10.804.114,35

Anlagen zum Prüfungsbericht

Aktiva		Eröffnungsbilanz	Korrektur EB	Korrektur EB	Korrektur EB	Korrektur EB	Korrektur EB	Korrektur EB
		01.01.2009	2009	2010	2011	2012	2013	Gesamt
Posten	Bezeichnung	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
2.	Umlaufvermögen							
2.1	Vorräte							0,00
2.1.1	Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	0,00						0,00
2.1.2	Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	0,00						0,00
2.1.3	Fertige Erzeugnisse, fertige Leistungen und Waren	6.557.250,49						0,00
2.1.4	Geleistete Anzahlungen auf Vorräte	0,00						0,00
		6.557.250,49	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.2	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		-24.845.493,63					-24.845.493,63
2.2.1	Öffentlich-rechtliche Forderungen, Forderungen aus Transferleistungen	32.410.922,85	-11.209.842,09	499.237,00				-10.710.605,09
2.2.2	Privatrechtliche Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	4.041.644,01	-7.412.276,46					-7.412.276,46
2.2.3	Forderungen gegen verbundene Unternehmen	11.900.619,58	-112.800,43	8.206.445,07				8.093.644,64
2.2.4	Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	2.715.609,03						0,00
2.2.5	Forderungen gegen Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten des öffentlichen rechts, rechtsfähige kommunale Stiftungen	7.810.954,69	-88.508,36					-88.508,36
2.2.6	Forderungen gegen den sonstigen öffentlichen Bereich	5.762.477,92						0,00
2.2.7	Sonstige Vermögensgegenstände	3.307.506,33	-310.536,67					-310.536,67
		67.949.734,41	-43.979.457,64	8.705.682,07	0,00	0,00	0,00	-35.273.775,57
2.3	Wertpapiere des Umlaufvermögens							
2.3.1	Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00						0,00
		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Anlagen zum Prüfungsbericht

Aktiva			Eröffnungsbilanz	Korrektur EB	Korrektur EB	Korrektur EB	Korrektur EB	Korrektur EB	Korrektur EB
Posten	Bezeichnung	01.01.2009	2009	2010	2011	2012	2013	Gesamt	
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	
2.4	Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei der Europäischen Zentralbank, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	11.989.487,29	-1.602.948,60	-266.162,61				-1.869.111,21	
		11.989.487,29	-1.602.948,60	-266.162,61	0,00	0,00	0,00	-1.869.111,21	
3.	Ausgleichsposten für latente Steuern	0,00						0,00	
		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
4.	Rechnungsabgrenzungsposten	4.477.356,36	3.116.245,47	75.316,78				3.191.562,25	
		4.477.356,36	3.116.245,47	75.316,78	0,00	0,00	0,00	3.191.562,25	
	Summe Aktiva:	2.369.025.704,64	48.176.826,30	1.611.895,76	0,00	0,00	0,00	49.788.722,06	

Anlagen zum Prüfungsbericht

Passiva		Eröffnungsbilanz	Korrektur EB	Korrektur EB	Korrektur EB	Korrektur EB	Korrektur EB	Korrektur EB
Posten	Bezeichnung	01.01.2009	2009	2010	2011	2012	2013	Gesamt
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
1.	Eigenkapital							
1.1	Kapitalrücklage	873.868.061,85						0,00
	<i>davon Kapital der rechtlich unselbständigen Stiftungen und Nachlässe</i>	4.876.645,23						0,00
		873.868.061,85	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.	Sonderposten							
2.2	Sonderposten zum Anlagevermögen							
2.2.1	Sonderposten aus Zuwendungen	384.924.869,13	24.374.607,26	-147.308,82				24.227.298,44
2.2.2	Sonderposten aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	7.233.290,39						0,00
2.2.3	Sonderposten aus Anzahlungen für Anlagevermögen	901.384,81		3.476.488,00				3.476.488,00
								0,00
2.7	Sonstige Sonderposten	2.836.949,61	2.543.056,99					2.543.056,99
		395.896.493,94	26.917.664,25	3.329.179,18	0,00	0,00	0,00	30.246.843,43
3.	Rückstellungen							
3.1	Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	238.042.880,00	-1.846.907,42					-1.846.907,42
3.2	Steuerrückstellungen	729.072,47						0,00
3.4	Sonstige Rückstellungen	11.605.016,00	8.800.000,00					8.800.000,00
		250.376.968,47	6.953.092,58	0,00	0,00	0,00	0,00	6.953.092,58

Anlagen zum Prüfungsbericht

Passiva		Eröffnungsbilanz	Korrektur EB	Korrektur EB	Korrektur EB	Korrektur EB	Korrektur EB	Korrektur EB
		01.01.2009	2009	2010	2011	2012	2013	Gesamt
Posten	Bezeichnung	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
4.	Verbindlichkeiten							
4.2	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen							
4.2.1	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen	190.722.518,38	-4.737.640,85	6.633,94				-4.731.006,91
4.2.2	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen zur Liquiditätssicherung	584.004.834,43						0,00
4.3	Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	378.496,24						0,00
4.5	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	6.218.971,69	-3.834.678,46					-3.834.678,46
4.6	Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	3.483.656,11	-3.483.656,11					-3.483.656,11
4.7	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	11.850.629,52	14.918.249,06	365.455,23				15.283.704,29
4.8	Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	11.847,44	-11.847,44					-11.847,44
4.9	Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen, Zweckverbänden, Anstalten des öffentlichen Rechts, rechtsfähigen kommunalen Stiftungen	37.673.508,61	-37.280.673,06					-37.280.673,06
4.10	Verbindlichkeiten gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich	839.845,68	-921.332,73					-921.332,73
4.11	Sonstige Verbindlichkeiten	9.599.331,56	462.023,59	-37.247,69				424.775,90
		844.783.639,66	-34.889.556,00	334.841,48	0,00	0,00	0,00	-34.554.714,52
5.	Rechnungsabgrenzungsposten	4.100.540,72	-455.260,95					-455.260,95
		4.100.540,72	-455.260,95	0,00	0,00	0,00	0,00	-455.260,95
	Summe Passiva:	2.369.025.704,64	-1.474.060,12	3.664.020,66	0,00	0,00	0,00	2.189.960,54

Eine Berichtigung der "Ersten Eröffnungsbilanz" ist nach § 14 KomDoppikLG bis zum vierten Jahr nach Aufstellung der "Ersten Eröffnungsbilanz" möglich, wenn dabei wesentliche Fehler vorliegen. Dabei wird aber nicht die "Erste Eröffnungsbilanz" nachträglich geändert, sondern die Änderung wird in der jeweils zu erstellenden Bilanz in dem betreffenden Jahr vorgenommen und im Anhang erläutert. Damit gilt die "Erste Eröffnungsbilanz" als geändert.

Anlagen zum Prüfungsbericht

6.1.9 Anlagenübersicht

Posten	Art (gem. § 47 Abs. 4 Nr. 1 GemHVO)	Stand zum 31.12.2009	Anschaffungs- und Herstellungskosten			Stand zum 31.12.2010
			Zugänge im Haushalts- jahr	Abgänge im Haushalts- jahr	Um- buchungen im Haushaltsjahr	
			in €			
			+	-	+/-	
1.1	Immaterielle Vermögensgegenstände	54.823.455,81	6.417.568,48	0,00	1.858.680,00	63.099.704,29
1.1.1	Gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	224.103,84	7.713,07	0,00	0,00	231.816,91
1.1.2	Geleistete Zuwendungen	34.041.839,47	4.176.396,26	0,00	1.000.000,00	39.218.235,73
1.1.3	Gezahlte Investitionszuschüsse	19.553.836,20	2.233.459,15	0,00	1.858.680,00	23.645.975,35
1.1.4	Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	1.003.676,30	0,00	0,00	-1.000.000,00	3.676,30
1.2	Sachanlagen	2.469.754.665,56	45.175.809,55	7.439.864,73	-1.858.680,00	2.505.631.930,38
1.2.1	Wald, Forsten	30.359.762,47	0,00	2.757,37	0,00	30.357.005,10
1.2.2	Sonstige unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	320.628.450,96	170.065,72	695.187,50	-720.814,62	319.382.514,56
1.2.3	Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	463.246.325,11	2.091.172,67	1.540.921,27	4.127.843,83	467.924.420,34
1.2.4	Infrastrukturvermögen	1.516.149.430,64	437.298,37	3.669.825,08	4.935.794,33	1.517.852.698,26
1.2.5	Bauten auf fremden Grund und Boden	2.213.241,19	171.000,00	0,00	234.600,00	2.618.841,19
1.2.6	Kunstgegenstände, Denkmäler	4.886.211,38	147.169,38	0,00	0,00	5.033.380,76
1.2.7	Maschinen, technische Anlagen, Fahrzeuge	40.386.520,78	563.362,24	287.570,79	2.694,50	40.665.006,73
1.2.8	Betriebs- und Geschäftsausstattung	28.089.060,94	1.489.528,70	1.243.602,72	4.379,44	28.339.366,36
1.2.9	Pflanzen und Tiere	10.641.847,00	0,00	0,00	0,00	10.641.847,00
1.2.10	Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	53.153.815,09	40.106.212,47	0,00	-10.443.177,48	82.816.850,08
1.3	Finanzanlagen	324.249.723,79	4.152.967,97	2.888.491,91	0,00	325.514.199,85
1.3.1	Anteile an verbundenen Unternehmen	201.737.206,16	26.803,22	0,00	0,00	201.764.009,38
1.3.2	Ausleihungen an verbundene Unternehmen	1.589.795,49	1.367.499,00	1.253.756,30	0,00	1.703.538,19
1.3.3	Beteiligungen	8.720.956,45	0,00	0,00	0,00	8.720.956,45
1.3.4	Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten des öffentlichen Rechts, rechtsfähige kommunale Stiftungen	103.232.342,71	2.400.485,09	105.674,73	0,00	105.527.153,07
1.3.5	Sonstige Wertpapiere des Anlagevermögens	3.175.038,98	358.180,66	0,00	0,00	3.533.219,64
1.3.6	Sonstige Ausleihungen	5.794.384,00	0,00	1.529.060,88	0,00	4.265.323,12

Anlagen zum Prüfungsbericht

Posten	Art (gem. § 47 Abs. 4 Nr. 1 GemHVO)	Abschreibungen, Wertberichtigungen					
		aufgelaufene Abschrei- bungen zum 31.12.2009	Zu- schreibungen im Haus- haltsjahr	Ab- schreibungen im Haus- haltsjahr	Um- buchungen im Haus- haltsjahr	aufgelaufene Abschrei- bungen auf Abgänge	Ab- schreibungen zum 31.12.2010
		in €					
			-	+	+/-	-	
1.1	Immaterielle Vermögensgegenstände	23.040.253,26	0,00	3.322.131,36	0,00	0,00	26.362.384,62
1.1.1	Gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	142.568,02	0,00	31.820,21	0,00	0,00	174.388,23
1.1.2	Geleistete Zuwendungen	15.733.810,97	0,00	1.968.963,01	0,00	0,00	17.702.773,98
1.1.3	Gezahlte Investitionszuschüsse	7.163.874,27	0,00	1.321.348,14	0,00	0,00	8.485.222,41
1.1.4	Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.2	Sachanlagen	335.491.721,65	32.000,04	32.792.150,36	0,00	1.550.827,18	366.701.044,79
1.2.1	Wald, Forsten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.2.2	Sonstige unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.2.3	Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	137.616.403,28	0,00	11.564.027,79	0,00	649.243,54	148.531.187,53
1.2.4	Infrastrukturvermögen	150.869.015,93	32.000,04	18.108.137,72	0,00	119.541,72	168.825.611,89
1.2.5	Bauten auf fremden Grund und Boden	734.647,36	0,00	31.890,52	0,00	0,00	766.537,88
1.2.6	Kunstgegenstände, Denkmäler	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.2.7	Maschinen, technische Anlagen, Fahrzeuge	26.006.653,31	0,00	1.767.330,79	0,00	278.052,70	27.495.931,40
1.2.8	Betriebs- und Geschäftsausstattung	20.265.001,77	0,00	1.320.763,54	0,00	503.989,22	21.081.776,09
1.2.9	Pflanzen und Tiere	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.2.10	Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.3	Finanzanlagen	5.456.139,00	0,00	79.332,66	0,00	0,00	5.535.471,66
1.3.1	Anteile an verbundenen Unternehmen	5.456.139,00	0,00	0,00	0,00	0,00	5.456.139,00
1.3.2	Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.3.3	Beteiligungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.3.4	Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten des öffentlichen Rechts, rechtsfähige kommunale Stiftungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.3.5	Sonstige Wertpapiere des Anlagevermögens	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.3.6	Sonstige Ausleihungen	0,00	0,00	79.332,66	0,00	0,00	79.332,66

Anlagen zum Prüfungsbericht

Posten	Art (gem. § 47 Abs. 4 Nr. 1 GemHVO)	Restbuchwerte		Kennzahlen		Wertminderung durch unterlas- sene Instand- haltung, Altla- sten, Sonstiges
		Restbuchwerte am Ende des Haushaltsjahres	Restbuchwerte am Ende des Haushalts- vorjahres	Durchschnitt- licher Abschrei- bungssatz	Durchschnitt- licher Restbuchwert	
		in €			in €	
1.1	Immaterielle Vermögensgegenstände	36.737.319,67	31.783.202,55	5,26	34.260.261,11	0,00
1.1.1	Gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	57.428,68	81.535,82	13,73	69.482,25	0,00
1.1.2	Geleistete Zuwendungen	21.515.461,75	18.308.028,50	82,28	19.911.745,13	0,00
1.1.3	Gezahlte Investitionszuschüsse	15.160.752,94	12.389.961,93	55,97	13.775.357,43	0,00
1.1.4	Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	3.676,30	1.003.676,30	0,00	503.676,30	0,00
1.2	Sachanlagen	2.138.930.885,59	2.134.262.943,91	17,14	2.136.596.914,75	0,00
1.2.1	Wald, Forsten	30.357.005,10	30.359.762,47	0,00	30.358.383,79	0,00
1.2.2	Sonstige unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	319.382.514,56	320.628.450,96	0,00	320.005.482,76	0,00
1.2.3	Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	319.393.232,81	325.629.921,83	46,50	322.511.577,32	0,00
1.2.4	Infrastrukturvermögen	1.349.027.086,37	1.365.280.414,71	12,51	1.357.153.750,54	0,00
1.2.5	Bauten auf fremden Grund und Boden	1.852.303,31	1.478.593,83	41,38	1.665.448,57	0,00
1.2.6	Kunstgegenstände, Denkmäler	5.033.380,76	4.886.211,38	0,00	4.959.796,07	0,00
1.2.7	Maschinen, technische Anlagen, Fahrzeuge	13.169.075,33	14.379.867,47	208,79	13.774.471,40	0,00
1.2.8	Betriebs- und Geschäftsausstattung	7.257.590,27	7.824.059,17	290,48	7.540.824,72	0,00
1.2.9	Pflanzen und Tiere	10.641.847,00	10.641.847,00	0,00	10.641.847,00	0,00
1.2.10	Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	82.816.850,08	53.153.815,09	0,00	67.985.332,59	0,00
1.3	Finanzanlagen	319.978.728,19	318.793.584,79	1,73	319.386.156,49	0,00
1.3.1	Anteile an verbundenen Unternehmen	196.307.870,38	196.281.067,16	2,78	196.294.468,77	0,00
1.3.2	Ausleihungen an verbundene Unternehmen	1.703.538,19	1.589.795,49	0,00	1.646.666,84	0,00
1.3.3	Beteiligungen	8.720.956,45	8.720.956,45	0,00	8.720.956,45	0,00
1.3.4	Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten des öffentlichen Rechts, rechtsfähige kommunale Stiftungen	105.527.153,07	103.232.342,71	0,00	104.379.747,89	0,00
1.3.5	Sonstige Wertpapiere des Anlagevermögens	3.533.219,64	3.175.038,98	0,00	3.354.129,31	0,00
1.3.6	Sonstige Ausleihungen	4.185.990,46	5.794.384,00	1,90	4.990.187,23	0,00

Anlagen zum Prüfungsbericht

6.1.10 Forderungsübersicht

lfd. Nr.	Art (gem. § 47 Abs. 4 Nr. 2.2 GemHVO)	Forderungen zum 31.12.2010 mit einer Restlaufzeit			Stand zum 31.12.2010 (Nominalwert)	Abzinsung zum 31.12.2010	Stand der Wert- berichtigungen zum 31.12.2010	Stand zum 31.12.2010 (Bilanzwert)	Stand zum 31.12.2009 (Bilanzwert)
		bis zu einem Jahr	von über einem bis zu fünf Jahren	von mehr als fünf Jahren					
in €									
1.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	75.784.010,78	-1.218.377,38	1.390,22	74.567.023,62	0,00	15.402.796,41	59.164.227,21	62.896.629,81
1.1	Öffentlich-rechtliche Forderungen, Forderungen aus Transferleistungen	44.023.099,59	-1.242.390,35	1.390,22	42.782.099,46	0,00	5.569.359,30	37.212.740,16	37.511.411,75
1.2	Privatrechtliche Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	4.309.975,24	-119.371,47	0,00	4.190.603,77	0,00	454.418,76	3.736.185,01	5.166.533,25
1.3	Forderungen gegen verbundene Unternehmen	10.900.386,69	631.753,14	0,00	11.532.139,83	0,00	0,00	11.532.139,83	8.862.148,24
1.4	Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	40.040,14	644,38	0,00	40.684,52	0,00	0,00	40.684,52	3.088,97
1.5	Forderungen gegen Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten des öffentlichen rechts, rechtsfähige kommunale Stiftungen	386.000,64	53.764,86	0,00	439.765,50	0,00	0,00	439.765,50	348.874,14
1.6	Forderungen gegen den sonstigen öffentlichen Bereich	1.672.693,89	0,00	0,00	1.672.693,89	0,00	50.180,82	1.622.513,07	1.652.776,26
1.7	Sonstige Vermögensgegenstände	14.451.814,59	-542.777,94	0,00	13.909.036,65	0,00	9.328.837,53	4.580.199,12	9.351.797,20

Anlagen zum Prüfungsbericht

6.1.11 Verbindlichkeitenübersicht

lfd. Nr.	Art der Verbindlichkeiten	Verbindlichkeiten zum 31.12.2010 mit einer Restlaufzeit			Stand zum 31.12.2010 (Nominalwert)	Abzinsung zum 31.12.2010	Stand zum 31.12.2010 (Bilanzwert)	davon durch Grundpfandrechte oder ähnliche Rechte	Stand zum 31.12.2009 (Bilanzwert)
		bis zu einem Jahr	von über einem bis zu fünf Jahren	von mehr als fünf Jahren					
		in €							in €
1.	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen davon:	748.787.485,41	86.145.342,85	173.912.350,13	1.008.845.178,39	0,00	1.008.368.207,32	0,00	968.915.472,99
1.1	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen	13.310.514,34	86.145.342,85	173.912.350,13	273.368.207,32	0,00	273.368.207,32	0,00	276.915.472,99
1.2	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen zur Liquiditätssicherung	735.476.971,07	0,00	0,00	735.476.971,07	0,00	735.000.000,00	0,00	692.000.000,00
2.	Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	41.727,12	208.635,60	44.679,28	295.042,00	0,00	295.042,00	0,00	336.769,12
3.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	7.796.447,05	0,00	0,00	7.796.447,05	0,00	7.796.447,05	0,00	7.955.638,77
4.	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	43.735.713,43	0,00	0,00	43.735.713,43	0,00	43.735.713,43	0,00	35.630.277,43
5.	Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	36,90	0,00	0,00	0,00	0,00	36,90	0,00	367.760,03
6.	Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen, Zweckverbänden, Anstalten des öffentlichen Rechts, rechtsfähigen kommunalen Stiftungen	22.001.793,98	0,00	0,00	22.001.793,98	0,00	22.001.793,98	0,00	28.012.884,05
7.	Verbindlichkeiten gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich	2.254.241,06	53.657,83	22.047,03	2.329.945,92	0,00	2.329.945,92	0,00	70.829,36
8.	Sonstige Verbindlichkeiten	7.398.377,87	0,00	0,00	7.398.377,87	0,00	7.875.348,94	0,00	8.898.888,22
9.	Summe der Verbindlichkeiten	832.015.822,82	86.407.636,28	173.979.076,44	1.092.402.498,64	0,00	1.092.402.535,54	0,00	1.050.188.519,97

6.1.12 Übersicht über die über das Ende des Haushaltsjahres hinaus geltenden Haushaltsermächtigungen

Eine Übersicht über die über das Ende des Haushaltsjahres hinaus geltenden Haushaltsermächtigungen liegen dem Revisionsamt in Dateiform vor und kann bei Bedarf dort eingesehen werden. Eine Prüfung führte zu keinen weiteren Feststellungen.

6.2 Sonstige Anlagen zum Prüfungsbericht

6.2.1 Rechtliche und steuerliche Verhältnisse sowie wirtschaftliche Grundlagen

Die Rechtsstellung der Stadt Mainz ergibt sich aus der Gemeindeordnung für das Land Rheinland-Pfalz in der Fassung vom 31. Jan 1994 (GVBl. S. 153), zuletzt geändert durch Artikel 1 Gesetz vom 02.März 2006 (GVBl. S. 57).

Die Stadt Mainz ist eine kreisfreie Gebietskörperschaft im Sinne des § 7 der Gemeindeordnung. Als Gebietskörperschaft verwaltet sie ihr Gebiet nach den Grundsätzen der gemeindlichen Selbstverwaltung.

Die Aufsichtsbehörde ist die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion. Die obere Aufsichtsbehörde ist der Innenminister des Landes Rheinland-Pfalz.

Die Organe der Landeshauptstadt Mainz sind der Oberbürgermeister und der Stadtrat.

Weiterführende Ausführungen zur Organisation und Gliederung der Stadt Mainz sowie sonstiger Rahmenbedingungen wie

- Gemeindefläche,
- Bevölkerungsentwicklung,
- Standortvorteile für die Bevölkerung,
- Wirtschaftskraft, wirtschaftliche Rahmenbedingung, Ansiedlungspolitik und Wirtschaftsförderung,
- Arbeitsmarkt,
- Soziale Hilfen,
- Partnerschaften mit anderen Städten
- sowie Besondere Ereignisse

finden sich im Rechenschaftsbericht zum Jahresabschluss der Landeshauptstadt Mainz zum 31. Dezember 2010. Die dort gemachten Ausführungen sind korrekt erfolgt.

6.2.4 Analysierende Darstellungen der Vermögens-, Schulden, Ertrags- und Finanzlage¹

Vermögensstruktur	2010		2009		+/-	
	Tsd. €	%	Tsd. €	%	Tsd. €	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	36.737	1	31.783	1	4.954	16
Sachanlagen	2.138.931	83	2.134.263	83	4.668	0
Finanzanlagen	319.979	12	318.794	12	1.185	0
Langfristig gebundenes Vermögen	2.495.647	96	2.484.840	96	10.807	0
Vorräte	2.992	0	4.667	0	-1.675	-36
Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen	39.275	2	39.513	2	-238	-1
Privatrechtliche Forderungen	15.309	1	14.032	1	1.277	9
Sonstige Vermögensgegenstände	4.580	0	9.352	0	-4.772	-51
Wertpapiere des Umlaufvermögens	6.559	0	6.499	0	60	1
Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	4.329	0	4.213	0	116	3
Liquide Mittel	77	0	22.190	1	-22.113	-100
Liquide Mittel	77	0	22.190	1	-22.113	-100
Latente Steuern	0	0	0	0	0	0
Summierung:	2.568.768	99	2.585.306	100	-16.538	-1

Kapitalstruktur	2010		2009		+/-	
	Tsd. €	%	Tsd. €	%	Tsd. €	%
Allgemeine Rücklage	921.967	36	923.785	36	-1.818	-0
Sonderrücklagen	153	0	0	0	153	0
Ergebnisvortrag / Jahresergebnis	-151.742	-6	-86.058	-3	-65.684	-76
Jahresergebnis der rechtlich unselbständigen Stiftungen und Nachlässe	-49	0	0	0	-49	-0
Eigenkapital	770.329	30	837.727	33	-67.398	-8
Sonderposten zum Anlagevermögen	425.934	17	418.371	16	7.563	2
Sonstige Sonderposten	4.448	0	3.799	0	649	17
Pensionsrückstellungen	248.904	10	246.200	10	2.704	1
Sonstige Rückstellungen	25.972	1	27.058	1	-1.086	-4
Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen und Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	1.008.663	39	969.252	37	39.411	4
Langfristige Verbindlichkeiten im Verbundbereich	68.067	3	64.082	2	3.985	6
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	7.875	0	8.899	0	-1.024	-12
Steuerrückstellungen	354	0	354	0	0	0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	7.796	0	7.956	0	-160	-2
Übrige Verbindlichkeiten und RAP	425	0	1.607	0	-1.182	-74
Kurzfristiges Fremdkapital	8.575	0	9.917	0	-1.342	-14
Summierung:	2.568.767	100	2.585.305	99	-16.538	-1

¹ Bei der analysierenden Darstellung wurde das Zahlenmaterial zwecks Vereinfachung auf Tausend Euro gerundet. Sich hieraus eventuell ergebende Rundungsdifferenzen wurden berücksichtigt und sind unbeachtlich.

Kennzahlen der Vermögenslage

Vermögenslage	in	2010	2009	2008	2007	2006
Anlagenintensität ²	%	97,2	96,1	96,2	0,0	0,0
Infrastrukturquote ³	%	52,5	52,8	56,1	0,0	0,0

Kennzahlen der Finanzlage

Finanzlage	in	2010	2009	2008	2007	2006
Eigenkapitalquote I ⁴	%	30,0	32,4	36,9	0,0	0,0
Eigenkapitalquote II ⁵	%	46,6	48,6	53,5	0,0	0,0

² Die **Anlagenintensität** (auch: Anlagequote) ist eine Kennzahl, die das Verhältnis von Anlagevermögen zu Gesamtvermögen (= Bilanzsumme) abbildet. Die Anlagenintensität gibt Aufschluss darüber, wie hoch der Anteil des langfristig in der Gebietskörperschaft gebundenen Anlagevermögens am gesamten Vermögen ist. Da mit einer hohen Anlagenintensität auch hohe fixe Kosten (z.B. Abschreibungen, Instandhaltungskosten) einhergehen, lässt eine hohe Anlagenintensität i.d.R. auch auf hohe Fixkosten in der Zukunft schließen.

³ Die **Infrastrukturquote** ist eine Kennzahl, die Auskunft über den Anteil des in der Infrastruktur gebundenen Vermögens am Gesamtvermögen einer Gebietskörperschaft gibt. Die Kennzahl gibt Hinweise auf etwaige Belastungen (Folgaufwendungen), die aus der Infrastruktur resultieren

⁴ Die **Eigenkapitalquote I** zeigt an, in welchem Umfang das Vermögen der Kommune durch Eigenkapital finanziert ist. Je höher die Eigenkapitalquote ist, desto unabhängiger ist die Kommune von externen Kapitalgebern.

⁵ Bei der **Eigenkapitalquote II** werden die Sonderposten aus Zuwendungen und Beiträgen dem „wirtschaftlichen Eigenkapital“ zugeordnet, da es sich hierbei um Beträge handelt, die i. d. R. nicht zurückzuzahlen und nicht zu verzinsen sind.

Anlagen zum Prüfungsbericht

Ertragslage	2010		2009		+/-	
	Tsd. €	%	Tsd. €	%	Tsd. €	%
Steuern und ähnliche Abgaben	240.016	56	232.262	55	7.754	3
Zuwendungen allgemeine Umlagen und sonstige Transferträge	60.128	14	64.967	15	-4.839	-7
Erträge der sozialen Sicherung	47.798	11	46.787	11	1.011	2
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	17.100	4	17.342	4	-242	-1
Privatrechtliche Leistungsentgelte	9.858	2	10.061	2	-203	-2
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	19.066	4	19.584	5	-518	-3
Sonstige laufende Erträge	33.070	8	30.883	7	2.187	7
Ordentliche Erträge	427.036	99	421.886	99	5.150	1
Versorgungsaufwendungen	-12.402	-3	-13.478	-3	1.076	-8
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-37.505	-9	-35.090	-8	-2.415	7
Personalaufwand	-119.234	-28	-119.012	-28	-222	0
Bilanzielle Abschreibungen	-33.106	-8	-39.844	-9	6.738	-17
Transferaufwendungen	-94.459	-22	-95.864	-23	1.405	-1
Aufwendungen der sozialen Sicherung	-152.773	-36	-156.322	-37	3.549	-2
Sonstige laufende Aufwendungen	-27.437	-6	-27.809	-7	372	-1
Ordentliche Aufwendungen	-476.916	-112	-487.419	-115	10.503	-2
Außerordentliche Erträge	781	0	722	0	59	8
Außerordentlichen Aufwendungen	-682	0	-69	0	-613	>100
Außerordentliches Ergebnis	99	0	-653	0	-554	-85
Zins- und sonstige Finanzerträge	19.169	4	21.053	5	-1.884	-9
Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	-35.337	-8	-42.232	-10	6.895	-16
Finanzergebnis	-16.168	-4	-21.179	-5	5.011	-24
Jahresergebnis	-65.949	-17	-86.059	-21	20.110	-23
Jahresergebnis nach Berücksichtigung der Veränderung des Sonderpostens für Belastungen aus dem kommunalen Finanzausgleich	-65.949	-17	-86.059	-21	20.110	-23

Kennzahlen der Ertragslage

Ertragslage	in	2010	2009	2008	2007	2006
Eigenkapitalreichweite ⁶	Jahren	-11,67	-9,73	0,0	0,0	0,0
Fehlbetragsquote II ⁷	%	-7,2	-9,3	0,0	0,0	0,0
Steuerquote ⁸	%	56,2	55,1	0,0	0,0	0,0
Zuwendungsquote ⁹	%	14,1	15,4	0,0	0,0	0,0
Personalintensität I ¹⁰	%	25,0	24,4	0,0	0,0	0,0
Sach- und Dienstleistungsintensität ¹¹	%	7,9	7,2	0,0	0,0	0,0
Transferaufwandsquote ¹²	%	19,8	19,7	0,0	0,0	0,0

- ⁶ Die **Eigenkapitalreichweite** ist eine Kennzahl, die das Verhältnis vom Eigenkapital zum Jahresfehlbetrag beschreibt und findet Anwendung, wenn ein Jahresfehlbetrag und kein Jahresüberschuss vorliegt. Sie gibt an, um das wie vielfache das Eigenkapital größer ist als der Jahresfehlbetrag. Kern der Kennzahl ist jedoch, dass sie angibt, nach wie vielen Jahren das Eigenkapital voraussichtlich durch Jahresfehlbeträge aufgebraucht sein wird. Dabei wird in der Eigenkapitalreichweite implizit angenommen, dass der Jahresfehlbetrag im Zeitablauf konstant bleibt. Als Ergebnis für die Eigenkapitalreichweite von 11,67 lässt sich dementsprechend in folgender Weise interpretieren: Bei betragsmäßig konstanten Jahresfehlbeträgen in den Folgejahren wird das Eigenkapital in 11,67 Jahren vollständig aufgebraucht sein.
- ⁷ Die **Fehlbetragsquote II** zeigt den durch den Fehlbetrag in Anspruch genommenen Eigenkapitalanteil. Die Fehlbetragsquote dient als wichtiger Indikator für die hausaltswirtschaftliche Gesamtsituation. Sie zeigt an, mit welcher Geschwindigkeit sich die Rücklagen einer verzehren. Ein Eigenkapitalverzehr ist grundsätzlich problematisch. In den Kommunen, in denen die Fehlbetragsquote in mehreren Folgejahren deutlich über 0% liegt, ist der Haushaltsausgleich dauerhaft nicht gewährleistet.
- ⁸ Die **Steuerquote** ist eine Kennzahl, die den prozentualen Anteil der Erträge, die die Kommune aus Steuern bezieht, bezogen auf die gesamten Erträge einer Kommune beschreibt. Zu den Erträgen aus Steuern zählen v.a. Erträge aus der Gewerbesteuer, der Grundsteuer sowie dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer.
- ⁹ Die **Zuwendungsquote** bestimmt sich, indem die Erträge aus Zuwendungen durch die ordentlichen Erträge geteilt werden. Sie gibt den Hinweis darauf, inwieweit eine Kommune von Zuwendungen - und somit von Leistungen Dritter abhängig ist.
- ¹⁰ Die **Personalintensität I** gibt prozentual den Anteil wieder, in welchem Umfang die gesamten ordentlichen Aufwendungen durch Personalaufwendungen bedingt sind. Sie soll Hinweise geben, ob die Kommune im Bereich Personal wirtschaftlich aufgestellt ist oder ob Konsolidierungspotenzial gegeben ist. Erst durch einen Vergleich mit Kennzahlen anderer (vergleichbarer) Kommunen ist die Kennzahl interpretationsfähig.
- ¹¹ Bei der **Sach- und Dienstleistungsintensität** handelt es sich um eine Finanzkennzahl in der Doppik. Sie errechnet sich, indem die Summe der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen durch die ordentlichen Aufwendungen geteilt werden. Die Sach- und Dienstleistungsintensität gibt Aufschluss darüber, in welchem Maße sich eine Kommune für die Inanspruchnahme von Leistungen Dritter entschieden hat.
- ¹² Die **Transferaufwandsquote** ist eine Finanzkennzahl in der Doppik. Sie bezeichnet das Verhältnis zwischen den Transferaufwendungen und den ordentlichen Aufwendungen.

Anlagen zum Prüfungsbericht

	in	2010	2009	2008	2007	2006
Zinslastquote ¹³	%	7,4	8,7	0,0	0,0	0,0
Ergebnisquote der laufenden Verwaltungstätigkeit ¹⁴	%	75,6	76,1	0,0	0,0	0,0

¹³ Bei der **Zinslastquote** handelt es sich um eine doppische Finanzkennzahl, die derzeit vorwiegend bei doppisch rechnenden Kommunen eingesetzt wird, aber prinzipiell auch für doppisch rechnende staatliche Gebietskörperschaften ermittelt werden könnte. Die Kennzahl wird ermittelt, indem Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen durch die gesamten ordentlichen Aufwendungen dividiert und mit 100 multipliziert werden. Die Kennzahl zeigt die anteilmäßige Belastung der Kommune mit Zinsaufwendungen und sonstigen Finanzaufwendungen an. Damit gibt sie Hinweise auf das Ausmaß der anteiligen Belastung der Kommune durch in der Haushalts- bzw. Rechnungsperiode oder in Vorjahren aufgenommene Kassenkredite und Kredite. Eine hohe Quote ist ein Indiz für eingeschränkte Handlungsmöglichkeiten der Kommune.

¹⁴ Für die haushaltsmäßige Beurteilung soll die **Ergebnisquote der laufenden Verwaltungstätigkeit** gebildet werden, die den Anteil des Ergebnisses der laufenden Verwaltungstätigkeit am Jahresergebnis ausweist.

**Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Bilanz
zum 31. Dezember 2010**

**7 Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Bilanz
zum 31. Dezember 2010**

A AKTIVSEITE

A 1 Anlagevermögen

31.12.2010 €	Vorjahr €
2.495.646.933,45	2.484.839.731,25

Eine von den Anschaffungs- und Herstellungskosten ausgehende Darstellung der Entwicklung der einzelnen Bilanzposten des Anlagevermögens enthält der Anlagenspiegel.

A 1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände

31.12.2010 €	31.12.2009 €
36.737.319,67	31.783.202,55

Die Bilanzposition 1.1 setzt sich aus den nachfolgenden Positionen 1.1.1 bis 1.1.5 zusammen.

**Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Bilanz
zum 31. Dezember 2010**

A 1.1.1 Gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten

31.12.2010	31.12.2009
€	€
57.428,68	81.535,82

Beim **Bestand** handelt es sich ausschließlich um Software und Spezialsoftware, die nicht bei der KDZ bilanziert wird.

Der **Buchwert** hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	€
Stand am 1.1.2010	81.535,82
Zugänge	7.713,07
Abschreibungen	- 31.820,21
Stand am 31.12.2010	57.428,68

Die **Zugänge** betreffen 6 Softwarelizenzen des 40 - Schulamtes:

- MNS⁺ (Modulares Netz für Schulen)
- daVinci-Kursplan
- daVinci-Vertretungsplan
- HERA-Oberstufe
- Adobe Creative Suite 5 Master Collection
- IDS Intelligence and Development Scales

Umbuchungen liegen keine vor.

Zuschreibungen und **Abgänge** sind keine vorhanden.

Die **Abschreibungen** lagen in Höhe von 31.820,21 € vor. Die AfA war korrekt berechnet.

**Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Bilanz
zum 31. Dezember 2010**

A 1.1.2 Geleistete Zuwendungen

31.12.2010	31.12.2009
€	€
21.515.461,75	18.308.028,50

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag aus Zuwendungen für investive Maßnahmen Dritter zusammen.

Der **Buchwert** hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

Die für die jüdische Synagoge im Jahr 2008 geleistete Zuwendung in Höhe von 2.200.000 € (Anlage 40000323 - Abschlagszahlung) und die im Jahr 2009 geleistete Zuwendung in Höhe von 1.000.000 €, die korrekt als Anzahlung auf immaterielle Vermögensgegenstände gebucht war (Bilanzposition A1.1.5), wurde auf die Anlage 40000464 - Synagoge jüdische Gemeinde - **umgebucht**. Im Jahr 2010 erfolgte eine weitere Zuwendung in Höhe von 1.800.000 €. Die Synagoge wurde am 03.09.2010 zur Nutzung übergeben. Die Gesamtsumme der Zuwendung in Höhe von 5.000.000 € (Anlage 40000464) wurde zum 03.09.2010 aktiviert. Die anteilige AfA in Höhe von 83.333 €, bei einer Abschreibungsdauer von 20 Jahren, wurde korrekt berechnet.

	€	€
Stand am 1.1.2010		18.308.028,50
Zugänge	4.176.396,26	
Umbuchungen	1.000.000,00	5.176.396,26
Abschreibungen		- 1.968.963,01
Stand am 31.12.2010		21.515.461,75

Die **Zugänge** 2010 betreffen 16 Anlagenzugänge i. H. v. 4.176.396,26 €. Geleistete Zuwendungen über 10.000 € sind:

- 2.350.000 € an die Stadtwerke Mainz für die Bezirkssportanlage Mainz- Mom-bach und
- 1.800.000 € an die jüdische Gemeinde für die neue Synagoge.

Die **Abschreibung** i. H. v. 1.968.963,01 € wurde korrekt ermittelt.

Es wurde festgestellt, dass erneut Zuwendungen unter 410,00 € (netto) der Stadt Mainz an Dritte für die Beschaffung von geringwertigen Wirtschaftsgütern (z. B. Bücherschrank: 260,00 € brutto, Scanner: 109,48 € brutto, Notebook: 390,84 € brutto) aktiviert worden sind. Das Revisionsamt vertritt die Auffassung, dass solche Zuschüsse

**Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Bilanz
zum 31. Dezember 2010**

nicht zu aktivieren, sondern direkt im Aufwand zu verbuchen sind. Analog der Regelung der sonstigen Gegenstände des Anlagevermögens.

Die **Umbuchungen** stammen zum Teil aus dem Posten „geleistete Anzahlungen“ und betreffen insbesondere die Investitionsmaßnahme Jüdische Synagoge.

Abgänge liegen keine vor.

A 1.1.3 Gezahlte Investitionszuschüsse

31.12.2010 €	31.12.2009 €
15.160.752,94	12.389.961,93

In 2010 sind 11 **Anlagenzugänge** i. H. v. 2.233.459,15 €, überwiegend für den Umbau für U3-Maßnahmen (Betreuung von unter Dreijährigen) bei Kitas i. H. v. 2.200.860,12 €, erfasst.

Ein gezahlter Investitionszuschuss für das Parkhaus Alban-/Holzhofstr. (Anlage 40000506) i. H. v. 1.840.680,00 € wurde irrtümlich auf das Konto 09630001 - Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau - gebucht. Im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten 2010 wurde dieser Zuschuss **umgebucht** und aktiviert. Die anteilige AfA i. H. v. 55.778,18 € wurde korrekt ermittelt.

Es sind keine **Anlagenabgänge** erfasst.

Die **Abschreibung** i. H. v. 1.321.348,14 € wurde korrekt ermittelt.

**Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Bilanz
zum 31. Dezember 2010**

**A 1.1.5 Anzahlungen auf immaterielle
Vermögensgegenstände**

31.12.2010 €	31.12.2009 €
3.676,30	1.003.676,30

Der **Buchwert** hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

In 2010 sind keine **Anlagenzugänge** und 1 **Anlagenabgang** (Umbuchung) i. H. v. 1.000.000 € für die Synagoge der jüdischen Gemeinde erfasst. Es ist korrekt, dass hier keine **Abschreibung** gebucht wurde.

Bei der Bilanzposition „Geleistete Zuwendungen für Anlagen im Bau“ befindet sich seit 2009 die Anlage 40000367. Dies ist eine Sammelposition für verschiedenen Zuwendungen des Amtes für Wirtschaft und Liegenschaften, die nicht auf die verschiedenen Investitionen umgebucht wurden. Die Umbuchung ist erst im Jahr 2011 erfolgt.

A 1.2 Sachanlagen

31.12.2010 €	31.12.2009 €
2.138.930.885,59	2.134.262.943,91

Die Sachanlagen stellen mit einem Gesamtbuchwert von über 2.138 Mio. EUR die maßgebliche Bilanzposition auf der Aktivseite dar. Zur besseren Darstellung und Transparenz werden im Folgenden die unter den Sachanlagen geführten wesentlichen Bilanzpositionen 1.2.1 bis 1.2.10 gesondert ausgewiesen.

**Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Bilanz
zum 31. Dezember 2010**

A 1.2.1 Wald, Forsten

31.12.2010	31.12.2009
€	€
30.357.005,10	30.359.762,47

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2010	31.12.2009
	€	€
Wald Grund/Boden	29.829.545,10	29.832.302,47
Wald Holzvorrat	527.460,00	527.460,00
Wald, Forsten	30.357.005,10	30.359.762,47

Zu- und Abgänge sind nicht zu verzeichnen.

Die Anlagenklasse A0231 (Ackerland Grund und Boden) wurde nicht bebucht. Die Posten wurden im Rahmen des Festwertverfahrens bewertet.

Wie bereits bei der Prüfung zur Eröffnungsbilanz und im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses 2009 festgestellt, bedarf es für das gewählte Feststellungsverfahren des Holzvorrates noch einer Ausnahmebestimmung zur Inventur-Richtlinie.

**Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Bilanz
zum 31. Dezember 2010**

**A 1.2.2 Sonstige unbebaute Grundstücke
und grundstücksgleiche Rechte**

31.12.2010 €	31.12.2009 €
319.382.514,56	320.628.450,96

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2010 €	31.12.2009 €
Grünflächen - Grund und Boden	246.810.369,43	247.395.080,61
Ackerland - Grund und Boden	28.216.974,40	28.096.638,79
Schutzflächen	26.548.482,28	26.548.482,28
Kiesgrube / Steinbruch.	3.543.244,85	3.717.049,67
Gewässer	9.978.686,49	9.983.109,52
Sonstige unbebaute Grundstücke	4.284.757,11	4.888.090,09
Sonstige unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	319.382.514,56	320.628.450,96

Die **Buchwerte** der Sachanlagen haben sich insgesamt wie folgt entwickelt:

	€
Stand am 1.1.2010	320.628.450,96
Zugänge	170.065,72
Abgänge	-695.187,50
Stand am 31.12.2010	320.103.329,18

Seit dem Jahr 2007 ist keine erneute Bestandsaufnahme mehr erfolgt. Aufgrund struktureller Defizite ist aktuell eine Bestandsaufnahme nicht vollumfänglich realisierbar. Derzeit wird seitens des Amtes für Wirtschaft und Liegenschaften zusammen mit dem Amt für Finanzen, Beteiligungen und Sport in Rücksprache mit der Revision an einer Lösung des Problems gearbeitet. Zu diesem Zweck erfolgt eine Datenmigration in eine neue Softwarelösung der Firma Kolibri, über die die vollständige Liegenschaftsverwaltung erfolgen kann. Die Schaffung einer Schnittstelle zum SAP System befindet sich ebenfalls in der Vorbereitung. Grundstücksveränderungen sind teilweise im SAP System anhand der aktuellen Aktenlage nachvollzogen. Aufgrund der hier getroffenen Feststellungen ist eine abschließende Stellungnahme bzgl. der korrekten Verbuchung nicht möglich. Eine Beseitigung dieses Prüfungshemmnisses muss bis zum Jahresabschluss 2013 (hier ist eine letztmalige Korrektur der Eröffnungsbilanz möglich) erfolgt sein.

**Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Bilanz
zum 31. Dezember 2010**

Darüber hinaus sind im SAP System die Grundstücksangaben zur Größe sowie zur Lage zu ergänzen. Ein vollständiger Überblick über die städtische Vermögenslage ist sicherzustellen.

Die Vollständigkeit aller **Zu- und Abgänge** sowie der Umbuchungen kann daher nicht vollumfänglich geprüft werden.

Die **Bewertungsgrundsätze** für Grundstücke die nach dem Jahr 2000 angeschafft wurden, wurden eingehalten. Es wurde nach Anschaffungs- und Herstellungskosten bewertet.

A 1.2.3 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

31.12.2010 €	31.12.2009 €
319.393.232,81	325.629.921,83

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2010 €	Vorjahr €
Wohnbauten, Grund und Boden	11.718.644,69	11.761.329,89
Wohnbauten Gebäude, Aufbauten und Betriebsvorrichtungen	8.575.562,33	9.041.672,00
soziale Einrichtungen, Grund und Boden	17.688.751,82	17.242.162,47
soziale Einrichtungen, Gebäude, Aufbauten und Betriebsvorrichtungen	17.860.155,87	16.167.079,39
Schulgebäude, Grund und Boden	1.469.554,41	1.469.554,41
Schulgebäude, Gebäude, Aufbauten und Betriebsvorrichtungen	6.295.444,61	4.522.108,41
Kulturanlagen, Grund und Boden	13.873.135,96	13.873.135,96
Kulturanlagen, Gebäude, Aufbauten und Betriebsvorrichtungen	102.238.850,95	103.829.702,78
Sportanlagen, Grund und Boden.	8.563.377,62	8.563.377,62
Sportanlagen, Gebäude, Aufbauten und Betriebsvorrichtungen	9.728.323,84	9.915.126,09
Gartenanlagen, Grund und Boden	8.323.293,71	8.323.293,71
Gartenanlagen, Gebäude, Aufbauten und Betriebsvorrichtungen	35.988.187,79	42.947.896,02
Verwaltungsgebäude, Grund und Boden	16.584.166,64	16.334.166,64
Verwaltungsgebäude, Gebäude, Aufbauten und Betriebsvorrichtungen	47.712.605,05	48.614.546,58
sonstige Gebäude, Grund und Boden	6.033.346,28	6.029.095,93
sonstige Gebäude, Gebäude, Aufbauten und Betriebsvorrichtungen	6.739.831,24	6.995.673,93
Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	319.393.232,81	325.629.921,83

**Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Bilanz
zum 31. Dezember 2010**

Der **Buchwert** hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	€	€
Stand am 1.1.2010		325.629.921,83
Zugänge	2.091.172,67	
Umbuchungen	4.127.843,83	6.219.016,50
Abgänge	-1.540.921,27	
Abschreibungen	-11.564.027,79	
Afa auf Abgänge	649.243,54	-12.455.705,52
Stand am 31.12.2010		319.393.232,81

Bei den **Zugängen** aus Grund- und Boden sind keine wesentlichen Positionen zu verzeichnen. Die Zugänge bei Gebäuden und deren Aufbauten betreffen im Wesentlichen den Bau der Kita Gonsbacherasse sowie Investitionen bei Grünanlagen und Spielplätzen.

Die **Umbuchungen** stammen aus dem Posten geleistete Anzahlungen für Anlagen im Bau und Umbuchungen von der Anlagenklasse unbebaute Grundstücke in Anlagenklasse bebaute Grundstücke sowie Korrekturbuchungen innerhalb verschiedener weiterer Anlageklassen.

Einzelauflistung der wesentlichen Positionen	€
Kita Gonsbacherassen	739.720,99
Gymnasium Oberstadt	1.870.843,00
Gartenfeldplatz Neugestaltung soziale Stadt	298.015,85
Spielplatz Lessingstraße	131.838,24
Kauf Gelände Feuerwache 2	250.000,00
Jakob-Laubach-Straße (Umbuchung Kita Großberg)	604.047,25
Summierung:	3.894.465,33

Die **Abgänge** betreffen im Wesentlichen den Verkauf von Grundstücken, wie der alten Feuerwache in der Zanggasse, Verkäufe an Bauträger sowie den Rückbau von Kinderspielplätzen.

Im Jahr 2010 wurden nur wenige Bauten fertiggestellt, weshalb nur geringe Zugänge und **Umbuchungen** zu verzeichnen waren.

Die **Abschreibungen** ergeben sich aus den planmäßigen Abschreibungen der Gebäude und Aufbauten.

Aufgrund struktureller Defizite ist aktuell eine Bestandsaufnahme der bebauten Grund-

**Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Bilanz
zum 31. Dezember 2010**

stücke gleichfalls nicht vollumfänglich realisierbar. Siehe hierzu auch unsere Ausführungen zu den unbebauten Grundstücken. Aufgrund der strukturellen Defizite ist eine abschließende Stellungnahme bzgl. der korrekten Verbuchung nicht möglich. Eine Beseitigung der strukturellen Defizite soll bis zum Jahresabschluss 2013 erfolgt sein. Auch bei den Aufbauten sollten die Lagebezeichnungen und Größen im SAP-System ergänzt werden. Ein Überblick über die städtische Vermögenslage ist sicherzustellen. Derzeit kann nicht abschließend nachvollzogen werden, ob das städtische Grundvermögen in seiner Gänze ordnungsgemäß erfasst ist.

A 1.2.4 Infrastrukturvermögen

31.12.2010	31.12.2009
€	€
1.349.027.086,37	1.365.280.414,71

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2010	31.12.2009
	€	€
Brücken/Tunnel, Grundstücke.	5.855,53	5.855,53
Brück/Tunnel, Gebäude, Aufbauten und Betriebsvorrichtungen	81.437.385,42	83.779.358,65
Straßen, und Wege, Grundstücke	919.091.673,16	921.634.725,73
Straßen und Wege, Gebäude, Aufbauten und Betriebsvorrichtungen	343.783.408,26	355.909.561,93
sonstiges Infrastrukturvermögen, Grundstücke	400.235,00	400.235,00
sonstiges Infrastrukturvermögen, Aufbauten und Betriebsvorrichtungen	4.308.529,00	3.550.677,87
Infrastrukturvermögen	1.349.027.086,37	1.365.280.414,71

**Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Bilanz
zum 31. Dezember 2010**

Die **Buchwerte** der Sachanlagen haben sich insgesamt wie folgt entwickelt:

	€	€
Stand am 1.1.2010		1.365.280.414,71
Zugänge	437.298,37	
Umbuchungen	4.935.794,33	
Zuschreibungen	32.000,04	5.405.092,74
Abgänge	-3.550.283,36	
Abschreibungen	-18.108.137,72	-21.658.421,08
Stand am 31.12.2010		1.349.027.086,37

Die **Zugänge** resultieren aus der Aktivierung der Anschaffungs- und Herstellungskosten insbesondere für:

Einzelauflistung der wesentlichen Positionen	€
Brücken, Tunnel, Anlagen - Aufbauten, Betriebsvorrichtung <ul style="list-style-type: none"> ▪ Brücke über die Albert-Schweitzer-Straße ▪ Stützwand Stefansplatz ▪ Brücke Industriehafen 	107.785,34
Straßen, Wege, Plätze - Grundstücke <ul style="list-style-type: none"> ▪ Grunderwerb 	65.328,84
Straßen, Wege, Plätze - Aufbauten, Betriebsvorrichtung <ul style="list-style-type: none"> ▪ Lichtsignalanlagen ▪ Straßenbegleitgrün ▪ Synagogenvorplatz 	242.344,76
Sonstiges Infrastrukturvermögen - Aufbauten, Betriebsvorrichtung <ul style="list-style-type: none"> ▪ Frauenlobbrunnen 	21.839,43
Summierung:	437.298,37

Die **Umbuchungen** resultieren aus der Aktivierung der Posten der geleisteten Anzahlungen für die Anlagen im Bau (AiB). Sie setzen sich aus den geleisteten Zahlungen des lfd. Jahres und der Vorjahre zusammen. Hierzu zählten im Wesentlichen die Anschaffungs- und Herstellungskosten für die Hochwasserschutzmauer i. H. v. 4,091 Mio EUR:

	€
Brücken, Tunnel, Anlagen – Aufbauten, Betriebsvorrichtung	13.785,32
Sonstiges Infrastrukturvermögen – Aufbauten, Betriebsvorrichtung	4.922.009,01

Die **Zuschreibungen** resultieren aus der Eröffnungsbilanzkorrektur hinsichtlich einer Nachdatierung des Anschaffungsdatums für den Brunnen „Fraa Bohnebeitel“, sodass eine Zuschreibung von 32.000 € gegen die Eröffnungsbilanz erfolgte.

**Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Bilanz
zum 31. Dezember 2010**

Die **Abgänge** betreffen:

	Verkaufserlös €	Buchwert €	Buchgewinn €	Buchverlust €
Straßen, Wege, Plätze und Grundstücke	1.771.305,17	2.608.381,41	774.585,45	-2.545.890,62
Sonstiges Infrastruktur- vermögen - Aufbauten, Betriebsvorrichtung	0,00	941.901,95	0,00	-941.901,95
Summierung:	1.771.305,17	3.550.283,36	774.585,45	-3.487.792,57

Der Buchgewinn von 774.585,45 € wurde in den sonstigen ordentlichen Erträgen erfasst, der Buchverlust von 3.487.792,57 € wurde in den sonstigen ordentlichen Aufwendungen erfasst.

Die **Abschreibungen** in Höhe von 18.108.137,72 € setzen sich aus den Abschreibungen des laufenden Jahres und Eröffnungsbilanzkorrekturen bei den Brunnen, durch die Änderung des Anschaffungsdatums und der Nutzungsdauer zusammen

Fazit:

Die Prüfung kommt zu dem Ergebnis, dass das ausgewiesene Infrastrukturvermögen im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2010 ordnungsgemäß aus der Buchführung und den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet worden ist und den gesetzlichen Vorschriften, den sie ergänzenden Satzungen und den sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen entspricht.

Das Revisionsamt hat die Zugänge Straßenbegleitgrün Parcusstraße, Stadtsanierung Stefansplatz und Herrichtung des Synagogenvorplatzes einer Belegstichprobe unterzogen. Die Beträge wurden anhand der vom 20 - Amt für Finanzen, Beteiligungen und Sport zur Verfügung gestellten Unterlagen geprüft. Es ergaben sich im Hinblick auf Aktivierbarkeit, Beachtung der Bewertungshöchstgrenzen und sachgerechte Ermittlung der Nutzungsdauern bei den Stichproben keine Feststellungen.

**Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Bilanz
zum 31. Dezember 2010**

A 1.2.5 Bauten auf fremden Grund und Boden

31.12.2010	31.12.2009
€	€
1.852.303,31	1.478.593,83

Die Bilanzposition wurde wegen Unterschreitens der Wesentlichkeitsgrenze keiner tiefergehenden Prüfung unterzogen. Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2010	31.12.2009
	€	€
Wohnbauten auf fremden Grund und Boden	2.253,52	2.396,40
soz. Einrichtungen auf fremden Grund	1.850.049,79	1.476.197,43
Bauten auf fremden Grund und Boden	1.852.303,31	1.478.593,83

A 1.2.6 Kunstgegenstände, Denkmäler

31.12.2010	31.12.2009
€	€
5.033.380,76	4.886.211,38

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag aus folgenden Sachkonten zusammen:

- 6100001 Kunstgegenstände 4,6 Mio. €
- 6500001 Denkmäler rund 420.000 €

	€	€
Kunstgegenstände	4.611.686,73	4.564.517,35
Denkmäler	421.694,03	321.694,03
Kunstgegenstände, Denkmäler	5.033.380,76	4.886.211,38

**Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Bilanz
zum 31. Dezember 2010**

Der **Buchwert** hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	€
Stand am 1.1.2010	4.886.211,38
Zugänge	147.169,38
Stand am 31.12.2010	5.033.380,76

Im Bereich der Kunst waren lediglich geringe Anschaffungen als **Zugänge** in Höhe von 147.169,38 € zu verzeichnen. Daneben ist ein Zugang für Ausgrabungsarbeiten am Römischen Bühnentheater in Höhe von 100.000 € beim Sachkonto Denkmäler zu verzeichnen.

Umbuchungen und **Zuschreibungen** liegen keine vor.

Abgänge sind keine zu verzeichnen.

Abschreibungen liegen keine vor, da Kunstgegenstände und Denkmäler nicht abgeschrieben werden.

Nicht bilanziert wurden die Kunstgegenstände und historischen Kulturgüter, welche dem Mittelrheinischen Landesmuseum als Dauerleihgabe überlassen wurden. Die Erfassung dieser ca. 2300 Gegenstände wurde bei der Eröffnungsbilanz vergessen. Da der Vermögenswert dieser Kunstgegenstände noch ermittelt werden muss und derzeit nicht geschätzt werden kann ist eine entsprechende Angabe im Anhang zum Jahresabschluss erfolgt. Die Ermittlung der Vermögenswerte und Bilanzierung der Gegenstände ist schnellstmöglich nachzuholen. Diese sollte spätestens zum Jahresabschluss 2013 abgeschlossen sein.

Ebenso wurden die Ausgrabungsarbeiten für das Römische Bühnentheater (100.000 €) als Denkmal bilanziert. Die Bilanzierung ist bis zum nächsten Jahresabschluss von der Finanzverwaltung zu überprüfen und ggf. zu korrigieren. Eine Anhangsangabe war entbehrlich.

**Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Bilanz
zum 31. Dezember 2010**

**A 1.2.7 Maschinen, technische Anlagen,
Fahrzeuge**

31.12.2010	31.12.2009
€	€
13.169.075,33	14.379.867,47

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2010	31.12.2009
	€	€
Fahrzeuge	3.122.976,02	3.258.927,44
Maschinen/technische Anlagen	10.041.611,40	11.114.956,79
GWG, technische Anlagen	4.485,91	5.981,24
Betriebsvorrichtungen	2,00	2,00
Maschinen, technische Anlagen, Fahrzeuge	13.169.075,33	14.379.867,47

Für den Bereich der Maschinen- und technischen Anlagen sind nur geringe **Zugänge** und **Anlagenabgänge** zu verzeichnen. Im Jahr 2010 war das Verfahren zur Meldung der Anlagenzu- und -abgänge von den Fachämtern bei der Finanzverwaltung noch teilweise verbesserungswürdig. Mittlerweile wurden von der Finanzverwaltung entsprechende Vordrucke entwickelt und die Fachbereiche besser geschult. Eventuell unterlassene Anlagenabgangsmeldungen führen nicht zu wesentlich falschen Angaben in der Bilanz. Spätestens bei der nächsten körperlichen Inventur können eventuell notwendige Korrekturen bereinigt werden.

Die mit der Jahresabschlussprüfung 2009 beanstandeten Festwerte wurden berichtigt. Der Grundsatz der Einzelbewertung wurde überwiegend eingehalten, ebenso die Bewertungstätigkeit. Die Bezeichnung der einzelnen Vermögensgegenstände sollte in den nächsten Jahren vereinheitlicht werden, so dass identische Gegenstände auch mit derselben Bezeichnung im Anlagevermögen erscheinen. Ebenso sollten zukünftig die erforderlichen Rechnungsabgrenzungen beim Jahreswechsel konsequenter beachtet werden.

Darüber hinaus ergeben sich für den Bereich der Maschinen keine weiteren Beanstandungen oder Hinweise.

**Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Bilanz
zum 31. Dezember 2010**

A 1.2.8 Betriebs- und Geschäftsausstattung

31.12.2010	31.12.2009
€	€
7.257.590,27	7.824.059,17

Die Bilanzposition wurde wegen Unterschreitens der Wesentlichkeitsgrenze keiner tiefergehenden Prüfung unterzogen. Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2010	31.12.2009
	€	€
Betriebs und Geschäftsausstattung	6.969.659,46	6.827.796,74
Medienbestand	286.841,06	995.144,09
GWG, BGA	1.089,75	1.118,34
Betriebs- und Geschäftsausstattung	7.257.590,27	7.824.059,17

A 1.2.9 Pflanzen und Tiere

31.12.2010	31.12.2009
€	€
10.641.847,00	10.641.847,00

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2010	31.12.2009
	€	€
Tiere in Zoos	247,00	247,00
Sonstige Pflanzungen	10.641.600,00	10.641.600,00
Pflanzen und Tiere	10.641.847,00	10.641.847,00

Für die Straßenbäume und Tiere wurde seit der Eröffnungsbilanz ein Festwert gebildet. Der Festwert sollte alle 3 Jahre aber spätestens nach 5 Jahren überprüft werden. Bis zum Berichtstag erfolgte noch keine Neubewertung der beiden Festwerte statt. Da sich mittlerweile Veränderungen am Bestand ergeben haben, ist eine Überprüfung der Festwerte geboten. Eine Überschreitung der Fünfjahresfrist liegt bereits vor. Spätestens mit dem Jahresabschluss 2013 muss eine Überprüfung des Bestandes bei den Festwerten stattgefunden haben.

**Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Bilanz
zum 31. Dezember 2010**

**A 1.2.10 Geleistete Anzahlungen, Anlagen
im Bau**

31.12.2010 €	31.12.2009 €
82.816.850,08	53.153.815,09

Die geleisteten Anzahlungen für Anlagen im Bau beinhalten den Wert sämtlicher Investitionsmaßnahmen, die zum Bilanzstichtag noch nicht fertig gestellt sind. Zu den größten Positionen der Anlagen im Bau zum 31.12.2010 zählen derzeit das Stadion am Europakreisel, die Sporthalle Gonsenheim sowie der Kunstrasenplatz auf der Bezirkssportanlage Mombach sowie den begonnenen Konjunkturpaket II-Maßnahmen.

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2010 €	31.12.2009 €
Geleistete Anzahlungen auf Sachanlagen	16.865,63	16.865,63
Altanlagen im Bau	20.975.474,15	20.980.416,70
Anlagen im Bau	61.824.510,30	32.156.532,76
Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	82.816.850,08	53.153.815,09

Von den bilanzierten 21 Mio. EUR Altanlagen im Bau befinden sich

- 18,3 Mio. EUR und

von den 61,8 Mio. EUR Anlagen im Bau befinden sich

- 48,8 Mio. EUR

im Treuhandvermögen der Grundstücksverwaltungsgesellschaft der Landeshauptstadt Mainz (GVG). Unter dem „Treuhandvermögen GVG“ werden städtische Bau- und Entwicklungsmaßnahmen bilanziert, welche aufgrund von Treuhandverträgen durch die (GVG) verwaltet werden. Da die Stadt Mainz hier das wirtschaftliche Eigentum behält, erfolgt auch dort entsprechend die Bilanzierung.

**Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Bilanz
zum 31. Dezember 2010**

Der **Buchwert** hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	€	€
Stand am 1.1.2010		53.153.815,09
Zugänge	40.106.212,47	
Umbuchungen	-10.443.177,48	29.663.034,99
Stand am 31.12.2010		82.816.850,08

Die **Zugänge** setzen sich aus den in 2010 geleisteten Zahlungen für noch andauernde Baumaßnahmen zusammen und betreffen insbesondere:

- Bauwerke und Baukonstruktionen,
- Bezirkssportanlage Mombach Kunstrasenplatz,
- Einsatzleitwagen der Feuerwehr,
- Sporthalle Gonsenheim,
- Lärmschutzwall,
- Grünflächen und
- Straßenbau.

Einen wesentlichen Anteil bilden hierbei die Zahlungen für

- das Stadion am Europakreisel,
- Bezirkssportanlage Mombach Kunstrasenplatz sowie
- Gymnasium Otto-Schott Mensa.

Die **Umbuchungen** stammen aus dem Posten geleistete Anzahlungen und beziehen sich auf die Aktivierung von Anschaffungs- und Herstellkosten bei Fertigstellung und Inbetriebnahme. Sie betreffen insbesondere folgende Vermögensgegenstände:

- Sanierungsbedingte Erschließung Gartenfeldplatz,
- Hochwasserschutzmauer Mainz-Süd,
- Gymnasium Oberstadt und
- Verbreiterung Steg der Eisenbahnbrücke Süd.

Fazit:

Die Prüfung kommt zu dem Ergebnis, dass das ausgewiesene Vermögen hinsichtlich der geleisteten Anzahlungen, Anlagen im Bau in dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2010 ordnungsgemäß aus der Buchführung und den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet worden ist und den gesetzlichen Vorschriften, den sie ergänzenden Satzungen und den sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen entspricht.

**Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Bilanz
zum 31. Dezember 2010**

Die Revision hat die rechnerische Richtigkeit der Prüfungsunterlagen mittels einer Einzelpostenliste überprüft und mit dem Bilanzwert abgeglichen. Die Saldovorträge stimmen mit den Vorjahresabschlusswerten überein. Der größte Zugangswert i. H. v. 27,3 Mio. EUR war dabei für das Stadion am Europakreisel zu verzeichnen. Der ausgewiesene Bilanzwert findet sich in dem Anlagenverzeichnis wieder. Eine Belegstichprobe wurden u. a. für geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau Gymnasium Otto-Schott Mensa und Auszahlungen für Gebäudeerwerb durchgeführt. Hierzu wurden anhand der Anlagenbelastung die Geschäftspartner ermittelt und die rechnungsbegründenden Unterlagen angefordert. Die Beträge wurden anhand der vom 20 - Amt für Finanzen, Beteiligungen und Sport zur Verfügung gestellten Unterlagen geprüft.

Es ergaben sich im Hinblick auf Aktivierbarkeit, Beachtung der Bewertungshöchstgrenzen und sachgerechte Ermittlung der Nutzungsdauern bei den Stichproben keine Feststellung.

Die Bewertung der auszuweisenden Anlagen im Bau erfolgt unter Beachtung des Artikels 8, §§ 5 bis 7 KomDoppikLG, der Grundsätze und Richtlinien, die das fachlich zuständige Ministerium durch Verwaltungsvorschrift bestimmt. Die Vermögensgegenstände sind grundsätzlich mit den sich gemäß § 34 Abs. 2 bis 4 der GemHVO bestimmenden Anschaffungs- oder Herstellungskosten, gemäß § 35 GemHVO angesetzt.

Grundsätzlich erfolgt die Aktivierung der Anlagen im Bau, in Anlage mit Fertigstellungsmeldung. Diese erfolgt jedoch durch die Ämter nur schleppend oder in Ausnahmefällen gar nicht.

Auch bei den AiB für Altanlagen SK 9620001 erfolgten nur zwei Aktivierungen.

Im Jahresabschluss 2011 ist sicherzustellen, dass für die Positionen Stadion Mainz 05 sowie die Konjunkturpaket II Maßnahmen, die bis 2011 fertiggestellt wurden, eine Aktivierung erfolgt ist.

**Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Bilanz
zum 31. Dezember 2010**

A 1.3 Finanzanlagen

31.12.2010 €	31.12.2009 €
319.978.728,19	318.793.584,79

Der **Bestand** an Finanzanlagen setzt sich wie folgt zusammen:

	31.12.2010 €	31.12.2009 €
Anteile an verbundenen Unternehmen	196.307.870,38	196.281.067,16
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	1.703.538,19	1.589.795,49
Beteiligungen	8.720.956,45	8.720.956,45
Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten des öffentlichen Rechts	105.527.153,07	103.232.342,71
Sonstige Wertpapiere des Anlagevermögens	3.533.219,64	3.175.038,98
Sonstige Ausleihungen	4.185.990,46	5.794.384,00
Finanzanlagen	319.978.728,19	318.793.584,79

**Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Bilanz
zum 31. Dezember 2010**

A 1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen

31.12.2010	31.12.2009
€	€
196.307.870,38	196.281.067,16

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	Anteil %	31.12.2010 €	31.12.2009 €
Stadtwerke Mainz AG	93,90	71.251.781,00	71.251.781,00
Parken in Mainz GmbH	50,00	3.422.000,00	3.422.000,00
Wohnbau Mainz GmbH	89,80	87.003.901,00	87.003.901,00
Grundstücksverwaltungsgesellschaft der Stadt Mainz mbH	100,00	31.506.605,00	31.506.605,00
Mainzer Alten- und Wohnheime gGmbH	100,00	1,00	1,00
SPAZ GmbH	50,00	1,00	1,00
Frankfurter Hof Verwaltungsgesellschaft mbH	100,00	1.796.584,00	1.794.781,00
Congress Centrum Mainz mbH	100,00	1.227.860,00	1.227.860,00
Staatstheater Mainz GmbH	50,00	74.137,00	74.137,00
Zentrale Beteiligungsgesellschaft der Stadt Mainz	100,00	25.000,00	0,00
Anteile an verbundenen Unternehmen		196.307.870,00	196.281.067,00

Die Anteile an verbundenen Unternehmen sind im Beteiligungsbericht gem. § 90 GemO angegeben und erläutert.

**Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Bilanz
zum 31. Dezember 2010**

**A 1.3.2 Ausleihungen an verbundene
Unternehmen**

31.12.2010	31.12.2009
€	€
1.703.538,19	1.589.795,49

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

Ausleihungen bestehend aus zwei Darlehensverträgen	€
Wohnbau Mainz GmbH	736.038,19
Mainzer Alten- und Wohnheime gGmbH	967.500,00
Summierung:	1.703.538,19

Die Veränderungen resultieren aus den Darlehenstilgungen gemäß den vertraglich vereinbarten Tilgungsplänen.

	€	€
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	1.703.538,19	2.957.294,49
EWB Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0,00	-1.367.499,00
Summierung:	1.703.538,19	1.589.795,49

**Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Bilanz
zum 31. Dezember 2010**

A 1.3.3 Beteiligungen

31.12.2010	31.12.2009
€	€
8.720.956,45	8.720.956,45

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	Anteil %	31.12.2010 €	31.12.2009 €
Mainzer Aufbaugesellschaft GmbH	43,31	7.577.956,45	7.577.956,45
Rheingoldhalle Verwaltungs GmbH	20,00	5.000,00	5.000,00
Rheingoldhalle GmbH & Co. KG	20,00	560.000,00	560.000,00
Werkstätten f. behinderte Menschen gGmbH	32,80	328.000,00	328.000,00
Entsorgungsgesellschaft Mainz mbH	5,00	250.000,00	250.000,00
Beteiligungen		8.720.956,45	8.720.956,45

Im Berichtsjahr ergaben sich keine Veränderungen.

Es ergaben sich keine wesentlichen Veränderungen. Die Beteiligungen sind im Beteiligungsbericht gem. § 90 GemO angegeben und erläutert.

**Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Bilanz
zum 31. Dezember 2010**

A 1.3.5 Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten des öffentlichen Rechts, rechtsfähige kommunale Stiftungen

31.12.2010	31.12.2009
€	€
105.527.153,07	103.232.342,71

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2010	31.12.2009
	€	€
Sondervermögen	91.243.897,07	88.949.086,71
Zweckverbände	6.080.012,00	6.080.012,00
Anstalten des öffentlichen Rechts	8.203.244,00	8.203.244,00
Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten des öffentlichen Rechts, rechtsfähige kommunale Stiftungen	105.527.153,07	103.232.342,71

Das **Sondervermögen** umfasst im Wesentlichen

- die 3 Eigenbetriebe der Stadt Mainz,
- ferner den freiwilligen städtischen Pensionsfonds sowie die
- rechtlich unselbständigen Stiftungen und Nachlässe.

Die **Bestände** setzen sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

Eigenbetriebe	31.12.2010	31.12.2009
	€	€
Entsorgungsbetrieb Mainz	7.772.144,00	7.772.144,00
Gebäudewirtschaft Mainz	65.039.558,00	65.039.558,00
Kommunale Datenzentrale Mainz	2.724.155,00	2.724.155,00
Summierung:	75.535.857,00	75.535.857,00

Bei den Eigenbetrieben wurden keine Veränderungen der Buchwerte ausgewiesen. Nach der zugrunde liegenden sogenannten Spiegelbildmethode, d. h. der Beteiligungsansatz entspricht dem Eigenkapital des Eigenbetriebes, sind hier - nur bei den Eigenbetrieben - aber für jeden Jahresabschluss das entsprechende Eigenkapital zu ermitteln und jeweils fortzuschreiben. Hintergrund ist die Eigenschaft als rechtlich unselbständiges Sondervermögen.

**Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Bilanz
zum 31. Dezember 2010**

Ausweislich der Bilanzen der Eigenbetriebe zum 31.10.2010 ergeben sich folgende Zugangsbedarfe:

	Tsd. €
Entsorgungsbetrieb	12.146,00
Gebäudewirtschaft Mainz	5.668,00
Kommunale Datenzentrale	602,00
Summierung:	18.416,00

Da mit über 18,416 Mio. € Zugang die Wesentlichkeitsgrenze überschritten wird, sind Weiterungen zu veranlassen. Zudem müssten die Zugänge grundsätzlich ergebniswirksam eingestellt werden. Der Vorgang wurde an das Amt 20 zur Kenntnis und weiteren Veranlassung gegeben. Die Änderungen (Zugänge) sollen bereits in den Jahresabschluss 2011 einfließen.

Pensionsfonds	31.12.2010 €	31.12.2009 €
Freiwilliger städtischer Pensionsfonds	9.829.175,01	7.985.189,82
Summierung:	9.829.175,01	7.985.189,82

Beim Pensionsfonds erfolgte ein belegter Zugang in Höhe von 1,844 Mio. €. Der Marktwert zum 31.12.2010 wurde auf 10,417 Mio. € taxiert.

Rechtlich unselbständige Stiftungen und Nachlässe

Das Vermögen der rechtlich unselbständigen Stiftungen mit 5,206 Mio. € und der Nachlässe mit 0,672 Mio. € wird auch bei der Kapitalrücklage (Davon-Vermerk) geführt. Damit wird belegt, dass das Stiftungsvermögen lediglich treuhänderisch von der Stadt verwaltet wird.

Zweckverbände und Anstalten öffentlichen Rechts

Die Zweckverbände mit 6,080 Mio. € und die Anstalten des öffentlichen Rechts mit 8,203 Mio. € blieben vom Buchwert unverändert.

	€	€
Kapitalmarktpapiere	772.794,00	772.794,00
Beteiligungen an Versorgungsrücklagen	2.760.425,64	2.402.244,98
Summierung:	3.533.219,64	3.175.038,98

**Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Bilanz
zum 31. Dezember 2010**

A 1.3.8 Sonstige Ausleihungen

31.12.2010	31.12.2009
€	€
4.185.990,46	5.794.384,00

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2010	31.12.2009
	€	€
Ausleihungen an öffentlichen Bereich	1.854.174,05	2.078.345,59
Ausleihungen an sonstigen inländischen Bereich	2.393.283,73	3.698.173,07
Ausleihungen an sonstigen inländischen Bereich aus Genossenschaftsanteilen	17.865,34	17.865,34
EWB Ausleihungen sonstigen inländischen Bereich	-79.332,66	0,00
Sonstige Ausleihungen	4.185.990,46	5.794.384,00

Die wesentliche Änderung bei den Ausleihungen (Darlehen an Dritte) resultiert aus einer Korrektur gegen die Eröffnungsbilanz in Höhe von 1,218 Mio. EUR. Hier wurden Doppelbuchungen korrigiert.

Bei den sonstigen Ausleihungen an den inländischen Bereich handelt es sich überwiegend um Stadtanierungsdarlehen mit den aus Tilgungen resultierenden Abgängen.

**Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Bilanz
zum 31. Dezember 2010**

A 2 Umlaufvermögen

31.12.2010	31.12.2009
€	€
68.791.965,96	96.252.916,42

Das Umlaufvermögen stellt setzt sich aus den Bilanzpositionen 2.1 Vorräte sowie der Position 2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände zusammen. Die Forderungen stellen den wesentlichen Schwerpunkt dar.

A 2.1 Vorräte

31.12.2010	31.12.2009
€	€
2.992.238,37	4.667.395,05

Die Bilanzposition wurde wegen Unterschreitens der Wesentlichkeitsgrenze beim Jahresabschluss 2010 keiner tiefergehenden Prüfung unterzogen. Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag ausschließlich aus der Position 2.1.3 zusammen:

A 2.1.3 Fertige Erzeugnisse, fertige Leistungen und Waren

31.12.2010	31.12.2009
€	€
2.992.238,37	4.667.395,05

Die Bilanzposition wurde wegen Unterschreitens der Wesentlichkeitsgrenze beim Jahresabschluss 2010 keiner tiefergehenden Prüfung unterzogen.

**Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Bilanz
zum 31. Dezember 2010**

**A 2.2 Forderungen und sonstige
Vermögensgegenstände**

31.12.2010	31.12.2009
€	€
59.164.227,21	62.896.629,81

Zusammensetzung:	31.12.2010	31.12.2009
	€	€
Öffentlich rechtliche Forderungen	37.212.740,16	37.511.411,75
Privatrechtliche Forderungen	3.736.185,01	5.166.533,25
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	11.532.139,83	8.862.148,24
Forderungen gegen Beteiligungsunternehmen	40.684,52	3.088,97
Forderungen gegen Sondervermögen u.a.	439.765,50	348.874,14
Forderungen gegen sonst. öffent. Bereich	1.622.513,07	1.652.776,26
Sonstige Vermögensgegenstände	4.580.199,12	9.351.797,20
Summierung:	59.164.227,21	62.896.629,81

In den angegebenen Forderungssummen sind bereits die Bewertungen und Berichtigungen (Einzel- und Pauschalwertberichtigungen) berücksichtigt und entsprechend in Abzug gebracht worden. In der als Anlage beigefügten Forderungsübersicht werden die Forderungen ohne Wertberichtigungen und nach Restlaufzeiten angezeigt.

Die Kriterien zur gesetzlich vorgeschriebenen Bewertung von Forderungen zum Jahresabschluss wurden in der "Richtlinie zur Bewertung von Forderungen im Rahmen des Jahresabschlusses" eingestellt. Demnach erfolgt die Bewertung im Wesentlichen wie folgt:

1. Die offenen Forderungen werden unter Beachtung des Werterhellungsprinzips - zukünftige Forderungserledigungen erliegen keiner Bewertung - ermittelt.
2. Für die Forderungen größer/gleich 10.000 EUR wird grundsätzlich eine Einzelbewertung vorgenommen. Je nach Sachverhalt werden folgenden Wertberichtigungen vorgenommen:
 - 0% z.B.: Forderungen die als öffentlich Last auf einem Grundstück liegen
 - 25 % z.B.: Ratenzahlungen
 - 50 % z.B.: Rechtsbehelfe
 - 100 % z.B.: Insolvenzverfahren, Forderungsverjährung
3. Für die Forderungen kleiner 10.000 € werden entsprechend ihrem Alter und der Forderungsart (privatrechtliche- oder öffentliche-rechtliche Forderung) Wertberichtigungen vorgenommen.

**Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Bilanz
zum 31. Dezember 2010**

3.1 Öffentlich-rechtliche Forderungen

▪ Zwischen 12 und 24 Monaten	30%
▪ Zwischen 24 und 36 Monaten	60%
▪ Zwischen 36 und 48 Monaten	90%
▪ Über 48 Monate	100%

3.2 Privatrechtliche Forderungen

▪ Zwischen 12 und 24 Monaten	50%
▪ Zwischen 24 und 36 Monaten	90%
▪ Über 36 Monate	100%

4. Das allgemeine Ausfallrisiko wird grundsätzlich durch eine Pauschalwertberichtigung abgedeckt. Die Wertberichtigung beträgt derzeit 3 % der Forderungshöhe. Bei Bedarf kann aufgrund von Erfahrungswerten eine geringerer oder höherer Prozentsatz angesetzt werden.

Wesentliche Einzelfeststellung:

Die Bewertung der Forderungen erfolgte ohne den Bereich der Gewerbesteuer. Die Gewerbesteuer wurde von der Forderungsbewertung mit dem Hinweis auf die in diesem Bereich vorgenommenen Niederschlagungen in 101 Fällen mit über 10 Mio. EUR ausgenommen. Diese Auffassung wird vom Revisionsamt nicht geteilt. Unabhängig von den vorgeschriebenen Niederschlagungen sind zum Jahresende die kompletten Gewerbesteuerbestände auf ihre Werthaltigkeit zu überprüfen. Ansonsten würden alle zweifelhaften Forderungen, welche noch nicht niedergeschlagen wurden, ohne erforderliche Bewertung und Berichtigung im Jahresabschluss einfließen. Die Finanzverwaltung wurde um entsprechende Veranlassung ab dem Jahresabschluss 2011 gebeten.

**Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Bilanz
zum 31. Dezember 2010**

A 2.2.1 Öffentlich-rechtliche Forderungen, Forderungen aus Transferleistungen

31.12.2010	31.12.2009
€	€
37.212.740,16	37.511.411,75

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2010	31.12.2009
	€	€
Gebührenforderungen	2.602.944,48	1.949.309,27
Beitragsforderungen	668.727,48	665.461,13
Steuerforderungen	26.924.787,22	29.244.987,71
Forderungen aus Transferleistungen	5.815.908,10	12.067.795,84
Sonstige öffentl.-rechtl. Forderungen	6.769.732,18	7.801.921,06
Bruttowert der Forderungen	42.782.099,46	51.729.475,01
abzüglich Einzelwertberichtigungen	-4.449.310,51	-13.124.547,15
abzüglich Pauschalwertberichtigung	-1.120.048,79	-1.093.516,11
Bilanzansatz	37.212.740,16	37.511.411,75

Der wesentliche Anteil bei den Steuerforderungen besteht bei der Gewerbesteuer gegen den privaten Bereich mit über 21,170 Mio. EUR. Um das Ausfallrisiko festzustellen, ist eine Bewertung der Gewerbesteuerforderungen zum Jahresabschluss angezeigt.

**Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Bilanz
zum 31. Dezember 2010**

A 2.2.2 Privatrechtliche Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

31.12.2010 €	31.12.2009 €
3.736.185,01	5.166.533,25

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2010 €	31.12.2009 €
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen gegen den privaten Bereich	4.190.603,77	5.661.724,73
EWB Forderungen aus Lieferungen und Leistungen gegen den privaten Bereich	-339.424,36	-493.738,97
Korrektur Umgliederung	0,00	158.337,18
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen gegen Pauschwertberichtigung	-114.994,40	-159.789,69
Privatrechtliche Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	3.736.185,01	5.166.533,25

Der Forderungsrückgang begründet sich im Wesentlichen aus einem reduzierten Ausweis von Forderungen aus zu hoch ausgewiesenen Anlagenverkäufen aus dem Vorjahre Höhe von 1,87 Mio. EUR.

**Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Bilanz
zum 31. Dezember 2010**

A 2.2.3 Forderungen gegen verbundene Unternehmen

31.12.2010 €	31.12.2009 €
11.532.139,83	8.862.148,24

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2010 €	Vorjahr €
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen gegen verbundene Unternehmen	1.311.340,00	1.688.151,53
Korrektur Umgliederung	228.954,23	-158.337,18
Sonstige Forderungen gegen verbundene Unternehmen	9.991.845,60	7.332.333,89
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	11.532.139,83	8.862.148,24

Forderungen von 8,6 Mio. EUR bestehen gegenüber der Grundstücksverwaltungsgesellschaft Mainz (GVG). Diese resultieren aus den von der GVG verwalteten Treuhandvermögen (THV). Insbesondere fielen im Rahmen Treuhandvermögen IV Großberg Grundstückserlöse von 1,6 Mio. EUR und beim Treuhandvermögen V Coface Arena 4,0 Mio. EUR Zuschüsse vom FSV Mainz 05 an. Zahlungsbegründende Unterlagen und Postenlisten aus SAP sind gegeben. Detaillierte Zusammenhänge und Unterlagen (s. a. Verbindlichkeiten gegen verbundenen Unternehmen) zu den Treuhandvermögen sind bei den Anlagen im Bau vorhanden.

A 2.2.4 Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

31.12.2010 €	31.12.2009 €
40.684,52	3.088,97

Die Erhöhung dieser Position resultiert im Wesentlichen aus einer Erhöhung der Forderungen gegen die Mainzer Verkehrsgesellschaft und die Rheingoldhalle GmbH & Co. KG.

**Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Bilanz
zum 31. Dezember 2010**

A 2.2.5 Forderungen gegen Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten des öffentlichen rechts, rechtsfähige kommunale Stiftungen

31.12.2010	31.12.2009
€	€
439.765,50	348.874,14

In diesem Bereich erfolgte mangels Ausfallrisikos keine Wertberichtigungen.

A 2.2.6 Forderungen gegen den sonstigen öffentlichen Bereich

31.12.2010	31.12.2009
€	€
1.622.513,07	1.652.776,26

Die Verringerung der Bilanzposition setzt sich zusammen aus der Ermittlung der Forderungen gegen den sonstigen öffentlichen Bereich i. H. v. 1.672 Mio. EUR. Zur Berücksichtigung des allgemeinen Ausfallrisikos wurde von diesen ermittelten Forderungen eine Pauschalwertberichtigung gemäß § 35 Abs. 5 GemHVO i. H. v. 3 % (entspricht -50 TEUR) vorgenommen.

**Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Bilanz
zum 31. Dezember 2010**

A 2.2.7 Sonstige Vermögensgegenstände

31.12.2010	31.12.2009
€	€
4.580.199,12	9.351.797,20

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2010	31.12.2009
	€	€
Sonstige Forderungen .gegen den inländischen Bereich	9.993.449,19	20.103.967,10
EWB Sonstige Forderungen gegen den inländische Bereich	-9.187.536,89	-12.140.386,74
Forderungen LOGA Beihilfen	36.763,08	27.979,69
Forderungen LOGA Vorschüsse/Darlehen	43.144,18	16.267,84
Forderungen LOGA Sonstige	142,52	142,52
Durchlaufende Posten	3.835.537,68	1.633.057,63
Sonstige Forderungen Pauschwertberichtigung	-141.300,64	-289.230,84
Sonstige Vermögensgegenstände	4.580.199,12	9.351.797,20

Bei den sonstigen Forderungen gegen den inländischen Bereich werden im Wesentlichen die Forderungen aus befristeten und unbefristeten Niederschlagungen aus der kameralen Rechnungslegung ausgewiesen. Diese Niederschlagungen sind 5 Jahre im Rechnungswesen auszuweisen. Der originäre Gesamtbetrag in Höhe von 14.668.011,04 € wurde in gleicher Höhe wertberichtigt und wird jährlich mit je 2.933.602,21 € bei Forderungen und Wertberichtigung ergebnisneutral aufgelöst. Zum Stichtag 31.12.2010 bestehen noch 8.800.806,62 €, welche in den 3 folgenden Haushaltsjahren aufgelöst werden.

Die restlichen Forderungen von 1,193 Mio. EUR bestehen aus diversen Einnahmearten, insbesondere der Fehlbelegungsabgabe und der Bußgelder des Verkehrsüberwachungsamtes. Stichprobenartig aus SAP gezogene Einzelnachweise (OP-Listen) sowie Plausibilitätsprüfungen zu den Ertragskonten ergaben keine Bemerkungen.

Die durchlaufenden Posten von 3,835 Mio. EUR setzen sich überwiegend aus

1. Private Stellplätze Parkhaus Albanstr. mit 1.181 Mio. EUR und
 2. Baulandumlegung Am Harxheimer Weg mit 1.799 Mio. EUR mit
- = Gesamt 2,980 Mio. EUR zusammen.

Die Nachweise aus SAP heraus sind gegeben.

**Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Bilanz
zum 31. Dezember 2010**

**A 2.4 Kassenbestand, Bundesbank-
guthaben, Guthaben bei der EZB,
Guthaben bei Kreditinstituten
und Schecks**

31.12.2010	31.12.2009
€	€
76.500,38	22.189.891,56

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2010	31.12.2009
	€	€
Kassenbestand	33.400,00	33.100,00
Guthaben bei Kreditinstituten	43.100,38	22.156.791,56
Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei der EZB, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	76.500,38	22.189.891,56

	31.12.2010	31.12.2009
	€	€
Bundesbank (BuBa)	35.977,11	17.213,23
Mainzer Volksbank (MVB)	7.123,27	42.634,10
Landesbank Baden-Württemberg (LBBW)	0,00	137.354,27
Sparkasse Mainz 331 - Hauptgiro	555.175,93	23.206.392,71
Sparkasse Mainz 331 - Auszahlung	-3.564,13	-20.758,84
Sparkasse Mainz 16733	374.726,53	120.887,65
Sparkasse Mainz 18416	47.470,79	85.272,75
Sparkasse Mainz 7773	2.673,74	48.129,32
Sparkasse Mainz 14555	-1.550,81	-4.531,22
Umgliederung Saldo Sparkasse Mainz	476.971,07	0,00
Rückzahlungsanforderungen	-149.969,54	-876.450,91
BUKRS Verrechnungskonto 3100	-1.245.468,83	-1.934.409,31
BUKRS Verrechnungskonto 3200	367.670,22	1.388.230,76
BUKRS Verrechnungskonto 3300	-139.785,80	-29.555,16
BUKRS Verrechnungskonto 9100	-284.349,17	-23.617,79
Kassenbestand	33.400,00	33.100,00
Summierung:	76.500,38	22.189.891,56

**Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Bilanz
zum 31. Dezember 2010**

Kassenbestand

Bei der Stadt wurden zum Stichtag 31.12.2010 insgesamt 40 Hand- und Wechselgeldvorschüssen geführt. Die Nachweise erfolgen mit Kassenaufnahmeprotokollen in der Kassenbestandsliste. Die Bestände werden unterjährig im Rahmen der Ordnungsprüfungen überprüft.

Guthaben bei Kreditinstituten

Zusammensetzung:	31.12.2010 €	01.01.2010 €
Bundesbank	35.977,11	17.213,23
Mainzer Volksbank	7.123,27	42.634,10
Landesbank Baden Württemberg (LBBW)	0,00	137.354,27
Sparkasse Mainz	978.496,18	23.456.151,21
Summe Guthaben	1.021.596,56	23.653.352,81
Verrechnungskonten Stiftungen/Fonds u. a.	- 978.496,18	- 1.496.561,25
Bilanzierungsguthaben	43.100,38	22.156.791,56

Der hohe Buchwert zum 01.01.2010 bei der Sparkasse Mainz resultierte aus Einzahlungen der Landeshauptkasse für den Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer und der Einkommenssteuer in Höhe von 23,2 Mio.€. Die Zahlungen erfolgten zum 30.12.2009. Der Kontoauszug wurde von der Sparkasse am nächsten Banktag des neuen Jahres (04.01.2010) erstellt und vorgelegt. Dies führte zur sofortigen Verminderung der Kredite zur Liquiditätssicherung (Kassenkredite) am gleichen Tag.

Für die Guthabekonten bei den Kreditinstituten lagen die Kontoauszüge der jeweiligen Banken vor. Für die Prüfung der Geschäftsbeziehungen wurden Bankenbestätigungen angefordert und vorgelegt. Es ergaben sich keine Auffälligkeiten.

Über die Sparkasse Mainz werden auch alle Kassengeschäfte der Stiftungen/Fonds u. a. mit abgewickelt. Die Ausweisungen erfolgen über Verrechnungskonten und bedingen das o. a. reduzierte Bilanzierungsguthaben. Diese Verfahrensweise wurde vom Revisionsamt moniert, weil grundsätzlich die zum Stichtag bestehenden Guthaben der Bankkonten auszuweisen sind. Die Finanzverwaltung wird ab dem Haushaltsjahr 2011 die Buchungskreisverrechnungskonten aus der Bilanzposition umgliedern auf sonstige Forderungen bzw. Verbindlichkeiten. Dadurch erfolgt der Ausweis entsprechend den Bankenbestätigungen.

**Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Bilanz
zum 31. Dezember 2010**

A 4 Rechnungsabgrenzungsposten

31.12.2010 €	31.12.2009 €
4.328.835,59	4.212.862,31

Mit den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten werden Aufwendungen der sie betreffenden Rechnungsperiode (Haushaltsjahr) zugeordnet. Die Abgrenzung ist erforderlich, wenn Auszahlungen noch im laufenden Haushaltsjahr notwendig oder angefallen aber als Aufwand in der nächsten Rechnungsperiode auszuweisen sind.

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2010 €	31.12.2009 €
Sonstige aktive Rechnungsabgrenzungsposten	1.790.976,87	1.753.614,97
Rechnungsabgrenzungsposten LOGA Beamte	1.689.258,93	1.647.802,72
Rechnungsabgrenzungsposten LOGA Versorgung	848.599,79	811.444,62
Rechnungsabgrenzungsposten	4.328.835,59	4.212.862,31

Die Überprüfung der Buchinventur, der Buchungsbelege und Zahlungsnachweise ergaben keine Bemerkungen.

**Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Bilanz
zum 31. Dezember 2010**

PASSIVSEITE

P 1 Eigenkapital

31.12.2010	31.12.2009
€	€
770.328.101,70	837.727.409,01

Das Eigenkapital setzt sich aus folgenden Bilanzpositionen zusammen:

	31.12.2010	31.12.2009
	€	€
1.1 Kapitalrücklage	921.966.843,37	923.785.495,83
1.2 Sonstige Rücklagen	152.822,96	0,00
1.3 Ergebnisvortrag	-85.791.539,26	0,00
1.4 Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-66.000.025,37	-86.058.086,82
Summierung:	770.328.101,70	837.727.409,01

P 1.1 Kapitalrücklage

31.12.2010	31.12.2009
€	€
921.966.843,37	923.785.495,83

Die **Kapitalrücklage** hat sich im Berichtsjahr wie folgt **entwickelt**:

	€
Stand am 01.10.2010	868.706.589,52
Eröffnungsbilanzkorrekturen 2009	49.650.886,42
Eröffnungsbilanzkorrekturen 2010	-2.052.124,90
Stadt Mainz = 916.305.351,04 EUR	0,00
Kapitalrücklage Sondervermögen (Stiftungen)	5.661.492,33
Summierung:	921.966.843,37

Folgende **Eröffnungsbilanzkorrekturen 2010** wurden ausweislich des Anhangs (s. Kapitel F) erfolgsneutral gegen das Eigenkapital vorgenommen:

**Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Bilanz
zum 31. Dezember 2010**

	Tsd. €
Sachanlagenvermögen	-5.455
Finanzanlagen	-1.448
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	8.706
Kassenbestand, Bankguthaben	-266
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	75
Sonderposten	-3.329
Verbindlichkeiten	-335
Summierung:	-2.052

Nachrichtlich: Bei der Kapitalrücklage Sondervermögen handelt es sich um Kapital der rechtlich unselbständigen Stiftungen und Nachlässe. Die Ausweisung erfolgt in der Bilanz als "Davon-Vermerk".

P 1.2 Sonstige Rücklagen

31.12.2010	31.12.2009
€	€
152.822,96	0,00

Bei den sonstigen Rücklagen handelt es sich um erhaltene Zuwendungen für die Ersteinrichtung in Schulen für die vom Zuwendungsgeber die ertragswirksame Auflösung ausgeschlossen wurden (§ 38 Abs. 3 GemHVO).

P 1.3 Ergebnisvortrag

31.12.2010	31.12.2009
€	€
-85.791.539,26	0,00

Der Ergebnisvortrag setzt sich aus dem Fehlbetrag der Stadt Mainz aus 2009 und einem Überschuss der rechtlich unselbständigen Stiftungen und Nachlässe wie folgt zusammen:

	€
Ergebnisvortrag Stadt Mainz aus 2009 (Fehlbetrag)	-86.058.086,82
Ergebnisvortrag Stiftungen aus 2009 (Überschuss)	266.547,56
Summierung:	-85.791.539,26

**Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Bilanz
zum 31. Dezember 2010**

P 1.4 Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag

31.12.2010	31.12.2009
€	€
-66.000.025,37	-86.058.086,82

Der Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag beinhaltet die Ergebnisse der unselbstständigen Stiftungen und Nachlässe.

	€
Jahresfehlbetrag Stadt Mainz	-65.950.850,55
Jahresfehlbetrag Stiftungen	-49.174,83
Gesamtjahresfehlbetrag	-66.000.025,38

P 2 Sonderposten

31.12.2010	31.12.2009
€	€
430.381.584,53	422.169.801,18

Die Sonderposten zum Anlagevermögen setzen sich aus folgenden Bilanzpositionen zusammen:

	31.12.2010	31.12.2009
	€	€
2.2 Sonderposten zum Anlagevermögen	425.993.786,94	418.371.243,19
2.7 Sonstige Sonderposten	4.447.797,59	3.798.557,99
Summierung:	430.381.584,53	422.169.801,18

**Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Bilanz
zum 31. Dezember 2010**

P 2.2 Sonderposten zum Anlagevermögen

31.12.2010	31.12.2009
€	€
425.933.786,94	418.371.243,19

Die Bilanzposition untergliedert sich wie folgt:

	31.12.2010	31.12.2009
	€	€
Sonderposten aus Zuwendungen	401.452.888,53	403.412.377,59
Sonderposten aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	6.781.945,70	7.016.268,60
Sonderposten aus Anzahlungen für Anlagevermögen		
Anzahlungen auf Sonderposten aus Zuwendungen	16.766.618,10	7.201.254,83
Anzahlungen auf Sonderposten aus Beiträgen	932.334,61	741.342,17
Zwischensumme:	17.698.952,71	7.942.597,00
Summierung:	425.933.786,94	418.371.243,19

P 2.2.1 Sonderposten aus Zuwendungen zum Anlagevermögen

Die Bilanzposition wurde im Rahmen der Prüfung der Eröffnungsbilanz eingehend geprüft und korrigiert. Im Vergleich zum Jahresabschluss 2009 ergaben sich lediglich Veränderungen von 403 Mio. EUR auf 401 Mio. EUR (-2 Mio. EUR). Da die Veränderung unter der Wesentlichkeitsgrenze von 10 Mio. EUR liegt, wurde für den Jahresabschluss 2010 auf eine weitergehende Prüfung verzichtet.

Im Zusammenhang mit dieser Bilanzposition verdient vor allem die Position 2.2.3 Sonderposten aus Anzahlungen zum Anlagevermögen eine besondere Betrachtung. Im Gegensatz zu den Sonderposten unter 2.2.1 werden diese unter der Position 2.2.3 noch nicht aufgelöst, da die betreffenden Anlagen noch keiner Abschreibung unterliegen. Unterbleiben nach Fertigstellung der Anlage die Aktivierung und Bildung des Sonderpostens, wirkt sich dies auf das Jahresergebnis aus. Weitergehende Erläuterungen finden sich unter besagter Bilanzposition.

**Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Bilanz
zum 31. Dezember 2010**

P 2.2.2 Sonderposten aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten

Für das Gebiet der Landeshauptstadt Mainz werden die Bescheide für die Erschließung von Baugebieten und Bescheide für wiederkehrende Beiträge für öffentliche Verkehrsanlagen durch den Wirtschaftsbetrieb Mainz (Anstalt des öffentlichen Rechts) erstellt. Im Jahr 2010 wurden keine Beitragsbescheide für wiederkehrende öffentliche Verkehrsanlagen versandt. Dies erfolgte für die Jahre 2008 bis 2011 erst im Jahr 2012. Eine Bilanzierung dieser Geschäftsvorfälle erfolgt ab dem Abschluss für das Jahr 2012.

Die Unterlagen zum Jahresabschluss enthalten die Aussage, dass im Jahr 2010 keine Baugebiete fertiggestellt und abgerechnet wurden. Die Prüfung hat allerdings ergeben, dass das Baugebiet D25 „Hinter den Weiden“ im Jahr 2010 fertig gestellt und endabgerechnet wurde. Es handelt sich hierbei um 39.988,15 €. Hierüber ist ein Sonderposten zu bilden. Die Korrektur wird im Rahmen des Jahresabschlusses für 2011 erfolgen.

P 2.2.3 Sonderposten aus Anzahlungen zum Anlagevermögen

Der Endbestand der Bilanzposition 2.2.3 Sonderposten aus Anzahlungen zum Anlagevermögen per 31.12.2010 (17,7 Mio. EUR) liegt um ca. 9,8 Mio. EUR über dem zum Jahresende 2009 (7,9 Mio. EUR). Die Hauptveränderungen liegen bei den Positionen Schulamt (+1,3 Mio. EUR), Amt für Wirtschaft und Liegenschaften (+1,2 Mio. EUR) und der Grundstücksverwaltungsgesellschaft (+6,6 Mio. EUR). Eine Prüfung dieser führte zu dem Ergebnis, dass es sich beim Schulamt um Investitionszuschüsse für Schulgebäude handelt, die zum Bilanzstichtag noch nicht fertig gestellt wurden.

Bei der die GVG betreffenden Position handelt es sich zum Einen um einen Zuschuss für das neue Stadion des FSV Mainz 05 über 4.155.000,59 € und zum Anderen um seit Beginn der Konversionsmaßnahme Lee Barracks (Treuhandvermögen I Gonsenheimer Sand) im Jahre 1991 geflossene Zuschüsse über insgesamt 2.449.974,58 €. Da das Stadion erst im Jahr 2011 in Betrieb genommen wurde, sind die Buchungen nicht zu beanstanden. Die Bildung des Sonderpostens muss im Rahmen des Jahresabschlusses 2011 erfolgen. Bei der Buchung der Zuschüsse für die Konversionsmaßnahme verhält es sich anders. Es ist mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, dass einige der seit 1991 geförderten Anlagen fertig gestellt und ihrer Bestimmung übergeben wurden. Die Zuschüsse hierfür dürfen daher nicht auf "Sonderposten aus Anzahlungen zum Anlagevermögen" gebucht werden. Sie müssen den fertig gestellten Anlagen zugeordnet werden, damit die Sonderposten gebildet werden können und diese der Auflösung unterliegen.

Die bereits erwähnte Abweichung in Höhe von +1,2 Mio. EUR beim Amt für Wirtschaft und Liegenschaften wurde falsch ausgewiesen. Es handelt sich hierbei um Konjunkturpaket II-Maßnahmen, z. B. Sanierung Haus Haifa (389 TEUR), den Umbau der Touristikzentrale (142 TEUR), die Schaffung von Barrierefreiheit der Eintrachthalle Mombach (6 TEUR) und die Sanierung des Kurfürstlichen Schlosses (743 TEUR). Da alle Maßnah-

**Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Bilanz
zum 31. Dezember 2010**

men nach dem Jahr 2010 fertig gestellt wurden, ist die Bilanzierung an dieser Stelle nicht zu beanstanden. Die noch ausstehenden Aktivierungen sind in den jeweiligen Haushaltsjahren vorzunehmen, in denen die Fertigstellung erfolgte.

Ein weiteres Augenmerk bei der Prüfung wurde auf die Ämter gelegt, deren Endbestände im Vergleich zum Vorjahr keine Abweichung ausweisen. Die Anzahlungen beim Bürgeramt beliefen sich zum Jahreswechsel 2009 und zum Jahreswechsel 2010 auf ca. 4.600 €. Hierbei handelt es sich um Zuschüsse des Landes für die Einrichtung des Service Centers (d115). Die Einrichtungsgegenstände wurden jedoch erst Ende 2011 beschafft und aktiviert. Die vier Sonderposten wurden Ende 2011 gebildet.

Bei der Berufsfeuerwehr wurde im Rahmen des Konjunkturpakets II das Feuerwehrhaus in Mainz-Bretzenheim energetisch saniert (Projekt 7.000.396). Die Inbetriebnahme erfolgte zum 04.10.2010. Da eine Fertigstellungsanzeige nicht an die Anlagenbuchhaltung gemeldet wurde, wird diese noch wie vor als Anlage im Bau geführt. Die Berufsfeuerwehr wurde aufgefordert, die ausstehende Meldung nachzuholen. Eine entsprechende Aktivierung hat mit dem Jahresabschluss 2011 zu erfolgen.

Beim Stadtplanungsamt gibt es mehrere Projekte die bereits fertig gestellt, jedoch noch nicht abgerechnet wurden. Hierbei handelt es sich beispielsweise um die Stadtsanierung Stefansplatz (7.000.451) und die Wegverbreiterung an der Martinusschule (7.000.597). Beim PSP-Element 7.000.296.715 (Restarbeiten HE 29) sind insgesamt 677.788,35 € nicht abgerechnet worden. Es handelt sich um Kasseneinnahmereste, die über mehrere Jahre vorgetragen wurden. Da hier insgesamt mehr eingenommen als ausgegeben wurde, ist davon auszugehen, dass Beträge teilweise falsch gebucht wurden. Die Buchungen müssen korrigiert und das Projekt muss abgerechnet werden.

Das Sachkonto 23320001 enthält die Anzahlungen für Beiträge und ähnliche Entgelte. Die das Amt 61.03 betreffende Position in Höhe von 906.960,87 enthält einen Betrag von 39.988,15 €. Dieser Betrag betrifft das im Jahr 2010 endabgerechnete Baugebiet D25 „Hinter den Weiden“. Der Betrag ist auf Bilanzposition 2.2.2 umzubuchen.

Bei den Mitteln des Schulamtes handelt es sich um Projektmittel des Landes im Rahmen des Ganztagschulprogramms, die zum 31.12.2010 noch nicht verausgabt wurden.

**Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Bilanz
zum 31. Dezember 2010**

P 2.7 Sonstige Sonderposten

31.12.2010	31.12.2009
€	€
4.447.797,59	3.798.557,99

Der Endbestand der Bilanzposition liegt mit 4,4 Mio. EUR rund 649 TEUR über dem des Vorjahres. Wegen des geringen Fehlerrisikos wurde auf die eingehende Prüfung der Bilanzposition im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses 2010 verzichtet.

	€	€
Stellplatzabgabe	1.798.153,98	1.632.648,79
ÖPNV-Zuschuss	213.860,28	0,00
Baumersatzgelder	0,00	112.603,55
Spielplatzablöse	117.067,38	117.067,38
Landespflegerische Gelder	2.060.206,01	1.677.728,33
Infrastrukturbeitrag	258.509,94	258.509,94
Summierung:	4.447.797,59	3.798.557,99

P 3 Rückstellungen

31.12.2010	31.12.2009
€	€
275.230.334,08	273.612.724,83

Die Rückstellungen setzen sich aus folgenden Bilanzpositionen zusammen:

	Stand am 1.1.2010 €	Inanspruch- nahme €	Auflösung €	Zuführung €	Stand am 31.12.2010 €
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	246.200.117,07	(13.953.504,80)	(5.269.503,78)	21.926.920,39	248.904.028,88
Steuerrückstellungen	354.497,07	0,00	0,00	0,00	354.497,07
Sonstige Rückstellungen	27.058.110,69	(5.717.763,94)	(4.158.074,00)	8.789.535,38	25.971.808,13
Summierung:	273.612.724,83	19.671.268,74	9.427.577,78	30.716.455,77	275.230.334,08

**Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Bilanz
zum 31. Dezember 2010**

Die Prüfung der Rückstellungen bezog sich auf die Zuführung, Inanspruchnahme und Auflösung der personenbezogenen Rückstellungen sowie auf die Bildung von sonstigen Rückstellungen nach Stichprobenauswahl. Von einer Überprüfung der eigentlichen Berechnung der personenbezogenen Rückstellungen, die mittels der Software HPR 4.5.10 der Fa. Hessler erfolgt, konnte abgesehen werden, da dies im Zuge der Prüfung der Eröffnungsbilanz stattgefunden hatte.

**P 3.1 Rückstellungen für Pensionen
und ähnliche Verpflichtungen**

31.12.2010	31.12.2009
€	€
248.904.028,88	246.200.117,07

Der **Posten** hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	Stand am 1.1.2010 €	Inanspruch- nahme €	Auflösung €	Zuführung €	Stand am 31.12.2010 €
Pensionsrückstellungen Beamte	93.172.470,83	-86.045,87	-3.271.480,00	7.492.730,46	97.307.675,42
Beihilferückstellungen Beamte	22.381.994,75	-56.226,00	-761.644,25	1.781.894,50	23.346.019,00
Pensionsrückstellungen BVersorg.	103.765.568,00	-11.041.702,74	-975.639,62	9.876.204,36	101.624.430,00
Beihilferückstellungen BVersorg.	25.739.308,50	-2.755.902,19	-243.909,91	2.399.180,34	25.138.676,74
Rückstellungen Ehren- amt aktiv	534.641,99	0,00	0,00	316.254,24	850.896,23
Rückstellungen Ehramt- Versorg.	606.133,00	-13.628,00	-16.830,00	60.656,49	636.331,49
Summierung:	246.200.117,07	-13.953.504,80	-5.269.503,78	21.926.920,39	248.904.028,88

**Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Bilanz
zum 31. Dezember 2010**

P 3.2 Steuerrückstellungen

31.12.2010	31.12.2009
€	€
354.497,07	354.497,07

Eine Überprüfung der ausgewiesenen Steuerrückstellungen ergab, dass zum Bilanzstichtag 31.12.2010 keine Sachverhalte bekannt waren, die zu einer Anpassung der Steuerrückstellung für eventuelle Nachzahlungen führt.

P 3.3 Sonstige Rückstellungen

31.12.2010	31.12.2009
€	€
25.971.808,13	27.058.110,69

Der **Posten** hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	Stand am 1.1.2010 €	Inanspruch- nahme €	Auflösung €	Zuführung €	31.12.2010 €
Rückst Sanierung Altlasten	160.000,00	-71.096,15	0,00	0,00	88.903,85
Sonstige Rückstellungen für nicht in Anspruch genommenen Urlaub	2.489.798,00	0,00	-2.489.798,00	2.739.212,00	2.739.212,00
Sonstige Rückstellungen für geleistete Überstunden	1.668.276,00	0,00	-1.668.276,00	1.377.456,00	1.377.456,00
Sonstige Rückstellungen für Altersteilzeit	7.016.645,00	0,00	-2.067.728,00	803.091,00	5.752.008,00
Sonstige Rückstellungen für drohende Verpflichtungen	0,00	0,00	0,00	13.000,00	13.000,00
Sonstige Rückstellungen für sonstige finanzielle Verpflichtungen	15.723.391,69	-3.578.939,79	0,00	3.856.776,38	16.001.228,28
Summierung:	27.058.110,69	-3.650.035,94	-6.225.802,00	8.789.535,38	25.971.808,13

Die stichprobenorientierte Prüfung führte zu verschiedenen Feststellungen; diese fallen jedoch kumuliert in ihrer Betragshöhe deutlich unter die mit 1 Mio. EUR festgesetzte Nichtaufgriffsgrenze. Somit können die eingebuchten Beträge in der Schlussbilanz 2010 akzeptiert werden.

**Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Bilanz
zum 31. Dezember 2010**

Ausgehend von der ordnungsgemäßen Übertragung der Zahlen aus dem Jahresabschluss 2009 wurden die Zahlen der Schlussbilanz 2010 der Prüfung zugrunde gelegt. Die Überprüfung der einzelnen Buchungen (Einstellungen und Auflösungen von Rückstellungen) der jeweiligen Sachkonten erfolgte lückenlos. Die Buchungen waren ordnungsgemäß.

Für sonstige finanzielle Verpflichtungen wurden über 16 Mio. EUR Rückstellungen gebildet. Hierbei handelt es sich vorrangig um Verpflichtungen aus dem sozialen Bereich, der Rückabwicklung des Tiefbauamtes sowie Verpflichtungen aus dem Bereich der Altstadtsanierung und dem Winterdienst 2010.

Nach über 40 Jahren Sanierung in der Mainzer Altstadt ist zum 30.06.2013 eine Schlussabrechnung für das Sanierungsgebiet „Südliche Altstadt - Teil A und Rote Kopfgasse“ und auf das Sanierungsgebiet „Südliche Altstadt - Teil B“ erstellt und der ADD vorgelegt worden. Die Altstadtsanierung wurde mit Fördermitteln von Bund, Land und Stadt durchgeführt. Voraussichtlich schließt die Schlussabrechnung nach Abzug des städtischen Eigenanteils mit einem Überschuss von ca. 6 - 8 Mio. EUR ab. Dieser Betrag ist an das Land zurückzuzahlen.

Es wurden aufgrund eines Stadtratsbeschlusses pauschale Abschläge (35% im Regelfall und 45% bei denkmalgeschützten Anwesen) auf die Ausgleichsbeträge gewährt. Der Stadtrat beschloss den Abschluss öffentlich-rechtlicher Verträge mit den Sanierungsausgleichspflichtigen mit Verzicht auf Einlegung von Rechtsmitteln und mit dem Angebot einer Pauschalminderung um 35% des Ausgleichbetrages. Die durch die Abschläge entgangenen Einnahmen sind bei der Schlussabrechnung als fiktive Einnahmen der Stadt Mainz - hier bestehen rechtlich unterschiedliche Auffassungen zwischen Land und Stadt (Vertrauensschutz) - in dem Rückzahlungsbetrag enthalten. Darüber hinaus besteht in ausgewählten Einzelfällen eine unterschiedliche Rechtsauffassung. Deren Klärung bleibt abzuwarten.

Gemäß den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung (GoB) ist nach dem Vorsichtsprinzip für diese zu erwartende Rückzahlung von Fördermitteln an das Land i. H. v. 8,8 Mio. EUR (Höchstgrenze) im Jahresabschluss 2009 eine entsprechende Rückstellung gebildet worden. Da die Prüfung der Schlussabrechnung durch die ADD noch nicht abgeschlossen und beschieden ist, muss die Rückstellung für die Altstadtsanierung i. H. v. 8.8 Mio. EUR beibehalten werden.

**Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Bilanz
zum 31. Dezember 2010**

P 4 Verbindlichkeiten

31.12.2010	31.12.2009
€	€
1.092.402.535,54	1.050.188.519,97

Verbindlichkeiten sind Verpflichtungen gegenüber Dritten, die dem Grunde und der Höhe nach sicher sind. Verbindlichkeiten werden zum voraussichtlichen Rückzahlungsbetrag angesetzt.

Der **Bestand** an Verbindlichkeiten setzt sich wie folgt zusammen:

	31.12.2010	31.12.2009
	€	€
Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen	273.368.207,32	276.915.472,99
Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Liquiditätssicherung	735.000.000,00	692.000.000,00
Verbindlichkeiten Leibrentenverträge	295.042,00	336.769,12
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	7.796.447,05	7.955.638,77
Verbindlichkeiten gegen verbunden Unternehmen	43.735.713,43	35.630.277,43
Verbindlichkeiten gegen. Beteiligungen	36,90	367.760,03
Verbindlichkeiten gegen. Sondervermögen, ZV, AöR	22.001.793,98	28.012.884,05
Verbindlichkeiten gegen den sonstige öffentlichen Bereich	2.329.945,92	70.829,36
Sonstige Verbindlichkeiten	7.875.348,94	8.898.888,22
Summierung:	1.092.402.535,54	1.050.188.519,97

Die Prüfungsschwerpunkte lagen ihrer Bedeutung gemäß selbstverständlich bei den Verbindlichkeiten für Kreditaufnahmen, welche über 93 % der Verbindlichkeiten ausmachen. Darüber hinaus wurden die Verbindlichkeiten gegen verbundene Unternehmen, das Sondervermögen sowie die Sonstigen Verbindlichkeiten als Prüffelder definiert.

**Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Bilanz
zum 31. Dezember 2010**

P 4.2 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen

31.12.2010	31.12.2009
€	€
1.008.368.207,32	968.915.472,99

Der Posten setzt sich wie folgt zusammen:

Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen	€	€
für Investitionen	273.368.207,32	276.915.472,99
zur Liquiditätssicherung	735.000.000,00	692.000.000,00
Summierung:	1.008.368.207,32	968.915.472,99

P 4.2.1 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen

31.12.2010	31.12.2009
€	€
273.368.207,32	276.915.472,99

Die Verbindlichkeiten ergeben sich aus Darlehen mit einer Restlaufzeit:

	€
▪ von bis zu 1 Jahr	13.310.514,34
▪ von 1 bis zu 5 Jahren	86.145.342,85
▪ von über 5 Jahren	173.912.350,13
Gesamt:	273.368.207,32

Die Investitionskredite wurden mit den geprüften Vorjahresbeständen abgestimmt. Für die neuen Darlehen (inkl. Umschuldungen) erfolgte Akteneinsicht mit anschließender Überprüfung und Abgleichung der im Finanzsystem eingestellten Daten. Es ergaben sich keine Bemerkungen. Der gemäß Haushaltssatzung zulässige Gesamtbetrag wurde auf 20,257 Mio. EUR festgesetzt. Mit 9 Mio. EUR Neuaufnahme von Investitionskrediten wurde der vorgegebene Höchstbetrag eingehalten.

**Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Bilanz
zum 31. Dezember 2010**

P 4.2.2 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen zur Liquiditätsicherung

31.12.2010 €	31.12.2009 €
735.000.000,00	692.000.000,00

Zu den Liquiditätskrediten (Kassenkredite) wird folgende Darstellung gegeben:

	31.12.2010 €	31.12.2009 €
32511206 Liquidität ING-DiBa	85.000.000,00	100.000.000,00
32492201 Liquidität ISB	100.000.000,00	0,00
32521201 Liquidität Sparkasse	150.000.000,00	121.000.000,00
32541201 Liquidität Helaba	200.000.000,00	0,00
32541204 Bayern LB	0,00	271.000.000,00
32542101 Liquidität West LB	200.000.000,00	200.000.000,00
Summierung:	735.000.000,00	692.000.000,00

Banken- und Saldenbestätigungen liegen vor. Es ergaben sich keine Bemerkungen. Zinsen und Spesen sind in alter Rechnung gebucht. Der in der Haushaltssatzung für Liquiditätskredite vorgesehene Höchstbetrag von 850.000.000 € wurde eingehalten.

**Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Bilanz
zum 31. Dezember 2010**

**P 4.7 Verbindlichkeiten gegenüber
verbundenen Unternehmen**

31.12.2010 €	31.12.2009 €
43.735.713,43	35.630.277,43

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2010 €	31.12.2009 €
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gegen verbundene Unternehmen	51.125.567,29	35.192.851,13
Kreditorische Debitoren	2.531.287,42	0,00
Korrektur Umgliederung	-20.845.369,61	-26.270.423,17
Verbindlichkeiten aus Transferleistungen gegenüber verbundenen Unternehmen	630.500,00	0,00
Sonstige Verbindlichkeiten gegen verbundene Unternehmen	10.179.713,46	26.707.849,47
Kreditorische Debitoren	114.014,87	0,00
	43.735.713,43	35.630.277,43

Verbindlichkeiten von 27,9 Mio. EUR bestehen gegenüber der Grundstücksverwaltungsgesellschaft Mainz (GVG). Diese resultieren aus den von der GVG verwalteten Treuhandvermögen (THV). Insbesondere fielen im Rahmen der "THV V Coface Arena" Verbindlichkeiten aufgrund der Baulichkeiten an. Zahlungsbegründende Unterlagen und Postenlisten aus SAP sind gegeben. Detaillierte Zusammenhänge und Unterlagen zu den THV`s sind bei den Anlagen im Bau vorhanden.

Bei den Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen wurden über 20,8 Mio. EUR eingestellt, welche zuordnungstechnisch Verbindlichkeiten des Sondervermögens sind. Zum Jahresende erfolgt wie bereits im Vorjahr eine Umgliederung des restlichen Gesamtbetrages ins Sondervermögen.

Die 20,8 Mio. EUR bestehen überwiegend aus 19,0 Mio. EUR Verbindlichkeiten zu gunsten des 75 - Wirtschaftsbetriebes. Hierbei handelt es sich um alte Grabnutzungsentgelte, die über jährliche Raten bis 2020 an den Wirtschaftsbetrieb zu begleichen sind. Der Stadtratsbeschluss sowie Anordnungen und Nachweise liegen vor.

**Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Bilanz
zum 31. Dezember 2010**

**P 4.9 Verbindlichkeiten gegenüber
Sondervermögen, Zweckverbänden,
Anstalten des öffentlichen
Rechts, rechtsfähigen kommunalen
Stiftungen**

31.12.2010	31.12.2009
€	€
22.001.793,98	28.012.884,05

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2010	31.12.2009
	€	€
Verbindlichkeiten gegen Kreditoren des öffentlichen Bereichs von rechtsfähigen Stiftungen	0,00	389.604,41
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gegen Sondervermögen P	1.108.972,71	1.268.817,22
Korrektur Umgliederung	20.845.369,61	26.270.423,17
Sonstige Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen	47.451,66	47.451,66
Kreditorische Debitoren	0,00	36.587,59
Summierung:	22.001.793,98	28.012.884,05

Mittels globaler Umgliederung (Korrektur Umgliederung) in Höhe von 20,8 Mio. EUR wurden Einzelverbindlichkeiten aus dem Bereich Verbindlichkeiten gegen verbundene Unternehmen korrekt umgegliedert.

**P 4.10 Verbindlichkeiten gegenüber
dem sonstigen öffentlichen Bereich**

31.12.2010	31.12.2009
€	€
2.329.945,92	70.829,36

Der wesentliche Zugang begründet sich aus einem Einzelposten in Höhe von 1,917 Mio. EUR. Dabei handelt es sich um die Endabrechnung der Gewerbesteuerumlage für das 4. Quartal 2010.

Revisionsamt

Rathaus

Jockel-Fuchs-Platz 1

Postfach 3820 | 55028 Mainz

Tel 0 61 31 - 12 22 25

Fax 0 61 31 - 12 29 56

revisionsamt@stadt.mainz.de

www.mainz.de